

## Pfingsten

Von Clara Bohm-Schuch

Der Geist des Lebens triumphiert um uns in vollendeter Schönheit, die Erfüllung in sich trägt. Blühen und Reifen vereinen sich zu einer Symphonie der Lebensbejahung. So feiert die Natur ihr Hochfest.

Und die Menschen feiern mit, ohne recht zu begreifen. Millionen aus einem überlieferten Glauben, den sie nicht besitzen. Nach der alten christlichen Legende kam der Geist des gekreuzigten Jesu von Nazareth über seine Jünger, als sie in Furcht, Trauer und Sehnsucht hinter verschlossenen Türen ratlos beieinander saßen. Mit dem Gruß „Friede sei mit euch“, erschien er ihnen, daß sie ihn leibhaftig sahen. Und alle Furcht wich von ihnen. Sie gingen hinaus, um die neue Lehre der Menschenliebe und -versöhnung zu verkünden. Die Flamme des Geistes aber, die sich ihnen entzündet hatte, sprang über in die zusammengeströmten Volksmassen der verschiedensten Stämme und Sprachen. Was einst Haß und Neid beim Turmbau von Babel verwirrt und getrennt hatte, das einte der neue Geist der Pfingsten in verstehender Brüderlichkeit. — Die alte fromme Legende ist ein Traum geblieben bis auf den heutigen Tag, weil die Masse der Menschen sie als Vergangenheit nehmen und nicht als Zukunft; weil ihre Prediger dem Haß dienen und nicht der Liebe; weil sie die Erde verleugnen, um dem Himmel zu dienen.

Der Dienst an der Idee der Menschenversöhnung bedingt aber Erdverbundenheit. Ein neuer Geist tut not, doch er kommt nicht in Flammen vom Himmel, tatenlose Sehnsucht bringt ihn nicht. Seine Voraussetzungen: Verantwortlichkeit und Mut zur Wahrheit, müssen in immer neuer Erziehungsarbeit geschaffen werden. Wie rein in der sozialistischen Idee der Wille zum Frieden und zur Verständigung aller Völker auch zum Ausdruck kommt, ohne immer neue Erziehungsarbeit zum Tatsächlichen, müßte die lebendige Lehre zum Dogma erstarren und ihre Anhänger zu gedankenlosen Nachbetern werden lassen. Wir dürfen uns nicht beirren lassen, ob wir durch unsere Wirklichkeitsarbeit Rückschläge erleiden oder nicht. Nur so lange eine Idee — und eine Partei — von innerster Verantwortung getragen wird, weist ihr Weg aufwärts.

Eine Politik der Verantwortung haben wir seit Beendigung des Krieges getrieben, ein Ziel unverrückbar vor uns: die Erhal-

tung des Friedens nach innen und außen. Viel ist um dieses Zieles willen geopfert worden; für die Erfüllung harter Bedingungen des Friedensvertrages galt es einzutreten und schwere Belastungen des arbeitenden Volkes konnten nicht verhindert werden. Das Schlimmste aber ist, daß die Masse des Volkes diese Politik der Verantwortung bis heute nicht begriffen hat. Wohl hat unsere Partei mit hundert Mandaten bei der Reichstagswahl am 4. Mai sich in der Konkurrenz von 27 Parteien achtunggebend behauptet, aber sie bedeutet nur eine kleine Insel der Vernunft in dem auf- und abwogenden Meer der politischen Meinungen und Handlungen. Und doch war die große Linie unserer Politik richtig. Wenn auch die Deutschnationalen, die so gern in die Regierung möchten, mit Unverschämtheit zu verdecken suchen, daß sie sich auf den Boden der bekämpften Erfüllungspolitik stellen, die Tatsache bleibt und einmal wird es auch ihren Wählern klar werden müssen, daß Politik die Kunst des Möglichen ist. Dieselbe Erkenntnis wird einmal den kommunistischen Wählermassen kommen müssen, wenn sie noch eine Weile das „Affentheater“, wie Ruth Fischer kürzlich den Reichstag nannte, genau beobachtet haben. Denn in diesem „Affentheater“ spielen die Kommunisten die erste Rolle zur Schadenfreude der Arbeiterfeinde und zum Ekel derer, die es ernst mit der Vertretung der Arbeiterinteressen meinen.

Das Unheil, welches der Wahlausfall des 4. Mai für Deutschland zu bringen droht, können wir im Augenblick kaum aufhalten. Nachdem das französische Volk unzweideutig von der bisherigen Zwang- und Druckpolitik abgerückt ist, nachdem es sich ein Parlament gewählt hat, das zur Verständigung mit Deutschland bereit ist, hätte vieles gut werden können. Als es mit Hilfe der Kommunisten gelungen war, an Stelle des Genossen Löbe den Deutschnationalen Wallraf zum Präsidenten des Deutschen Reichstags zu machen, war die erste Mißstimmung in Frankreich da. Der neuen französischen Regierung wird die Politik des guten Willens ungeheuer erschwert, wenn in Deutschland eine Regierung sich bildet, in der die Deutschnationalen sitzen. Jede Erleichterung des französischen Druckes wird von den deutschen Nationalisten als ihr Erfolg gebucht werden. Die nationalistische Welle steigt und Frankreich fühlt sich in seiner Sicherheit von neuem bedroht. Den bürgerlichen Mittelparteien scheint in ihrem Liebeswerben um die Deutschnationalen jede politische Ueberlegung abhanden gekommen zu sein. Sie tragen die Verantwortung, wenn trotz des Sachverständigen-gutachtens es nicht zu gemeinsamer Arbeit aller beteiligten Völker an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas kommt. Wir stehen in Deutschland vor einer neuen Wirtschaftskatastrophe, wenn die Lösung des Reparationsproblems nicht schnell erfolgt und der Industrie Kredite gewährt werden können. Das hindert die bürgerlichen Parteien nicht, die Verhandlungen über die Regierungsbildung

hinausschieben zu lassen, weil es den Deutschnationalen so paßt. Dieselben Kreise bestürmen dann allerdings den Reichsbankpräsidenten um Kreditbewilligungen, die sie selber mit ihrer Hin- und Herpolitik unmöglich machen.

Die innenpolitischen Folgen einer Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen im Reich sind in ihrem ganzen Umfange noch nicht zu übersehen. Der Bruch der preußischen Koalition wird gefordert; er würde einen schweren Verlust für die Arbeiterschaft bedeuten, darüber sollen wir uns klar sein. Viele Pessimisten gab es und gibt es noch in unserer Partei, die meinen, wir müssen durch die Reaktion hindurch. Ich bin anderer Meinung. Die Eroberung der Regierungsbeteiligung durch die Deutschnationalen würde kein Fortschritt für uns sein. Es gäbe natürlich die Möglichkeit, daß die andern sich abwirtschafteten an ihren eigenen Fehlern, aber leider hätten wir alle die Lasten dieser verkehrten Politik zu tragen und — wie es bisher immer gewesen ist — das Verdorbene wieder gutzumachen.

Uns bleibt jetzt nur die ungeheure Arbeit der Erziehung zu politischem Urteil und staatsbürgerlicher Verantwortung. Sie muß geleistet werden, damit das Volk sich Platz schaffe für einen neuen Geist der Völkerverständigung und friedlichen Aufwärtsentwicklung.

## Das Verbrechen der Nationalen

Von Robert Breuer

Um zur Macht zu kommen, opfern die Nationalen das deutsche Volk, verraten sie das Land, machen sie aus dem Parlamentarismus ein stinkendes Handelsgeschäft. Wenn jemals die Sozialdemokratie sich so wie die Deutschnationalen zur Regierung gedrängt hätte, würde sie mit Recht über Kritik und Spott nicht zu klagen gehabt haben. Die Sucht der Deutschnationalen, auf den Ministersesseln Platz zu nehmen, wäre von unsterblicher Lächerlichkeit, wenn nicht dahinter eine so schändliche und niedrige Gesinnung, eine so erbärmliche Raffgier stände, ein so brutaler Wille zur Vergewaltigung der Verfassung, zur Ausfegung der republikanischen Beamten, zur Massakrierung der Republik. Was die Deutschnationalen seit vier Wochen betreiben, ist Banditismus. Für alle Zeiten haben sich damit diese sogenannten Politiker der Abscheu eines jeden guten Deutschen preisgegeben. Sie und was zu ihnen gehört, ist verächtlich, weil dem Eigeninteresse, dem Partei-Egoismus restlos verfallen. Wie anders hat demgegenüber die Sozialdemokratie gehandelt; die immer wieder, von den Augusttagen 1914 an, bis zum zweiten Ermächtigungsgesetz, unbekümmert um die Folgen, die ihre Entschlüsse auf die Partei haben könnten, das tat, was das Interesse der Gemeinsamkeit forderte. Die Deutschnationalen aber

wollen, komme, was kommen mag, die Faust an das Steuer legen, um, wie ihre tausend Trabanten täglich verkündigen, „vor allem einmal eine innere Ordnung unserer politischen Verhältnisse zu schaffen“. Was diese Kanaille unter innerer Ordnung versteht, bedarf keiner Darlegung. Bis zur Selbsterniedrigung beugt sich das Raubgesindel, um die Pranken in den Leib des deutschen Volkes schlagen zu können. „Wie“, so rufen sie entrüstet, „kann heute noch irgend jemand ernstlicherweise glauben, daß die Deutschnationalen außenpolitische Amokläuferei betreiben würden.“ Ein ausgezeichnetes Geständnis, zugleich ein treffliches Urteil über die Außenpolitik der Herren von Hergt zu Reventlow.

Und welch unentwegte Verlogenheit. Heute sind sie bereit (wie die „Germania“ sehr richtig feststellte), außenpolitisch alles zu schlucken, morgen bekennen sie sich von neuem zur Tirpitz-Lösung, und übermorgen kriechen sie wieder auf allen Vieren zu den Erfüllungspolitikern hinüber. Brechmittel sind nie so wohlfeil gewesen. Der nationale Boxkampf um die Uebernahme der Regierung, oder wenigstens um eine Teilnahme an ihr, beginnt mit einer Erklärung des Herrn Hergt, daß das Sachverständigen-Gutachten eine Grundlage von Verhandlungen bilde; im weiteren Verlauf des Würgens kommt das Zugeständnis, daß die Auffassung der Nationalen von der Durchführung des Gutachtens von der Auffassung der Mittelparteien kaum abweiche, und dann wieder erklären die Vereinigten Vaterländischen Verbände, deren Vertreter und Vorsitzende fünfzig Prozent der deutschnationalen Fraktion ausmachen: „Wir beharren bei unserer schon mehrfach ausgesprochenen Ablehnung . . . Sollte sich eine Regierung und eine Mehrheit im Reichstag für eine Annahme finden, dann würden die nationalen Kreise Deutschlands dieses Abkommen nie anerkennen und die verantwortlichen Urheber dieser neuen Unterwerfung dereinst zur Rechenschaft ziehen.“ Zur Rechenschaft ziehen — das heißt in der Sprache von Berufsmördern das, was es eben heißt. „Die nationalen Kreise“ — wer glaubt, daß die Deutschnationalen sich nicht dazu zählen möchten? Wer glaubt, daß der Terror der Verbände nicht auch über Herrn Hergt schwebt? Welche französische, welche englische Regierung soll mit Deutschnationalen, die zu fünfzig Prozent hinter einer Erklärung stehen, die den Erfüllungspolitikern den Mordstahl androht, vernünftige Politik machen können? Es ist vollkommen zu verstehen, und selbst die Stupidität der Nationalen muß es begreifen, daß die Regierungen in London und Paris, wie aus ständig sich vermehrenden Aeußerungen und Kundgebungen mit erschreckender Deutlichkeit hervorgeht, von größtem Mißtrauen gegen die deutsche Innenpolitik und damit gegen die Zuverlässigkeit des Kontrahenten erfüllt werden. Schon heute darf man sagen, daß die nationalen Regierungsansprüche das deutsche Volk viel gekostet haben; es

kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in einer Regierung, an der die Deutschnationalen beteiligt sind, die Deutschnationalen, die noch in ihrer Kundgebung vom 31. Mai die Tirpitz-Lösung als die allein richtige erklärt haben, für die Verhandlungen Deutschlands mit der Entente, für die Verhandlungen auf der Grundlage des Sachverständigen-Gutachtens eine ungeheuerliche Belastung bedeuten würden. Die Teilnahme von Deutschnationalen an solchen Verhandlungen bedingt schwere Schädigungen der deutschen Interessen. Sie ist damit Landesverrat. Die Deutschnationalen sind mit dem Vorwurf des Landesverrats gegenüber der Sozialdemokratie nie sparsam gewesen. Heute weiß jedermann, wo die eigentlichen Landesverräter sitzen, wo die sitzen, die, um wieder ihre ostelbischen Ideale aufzurichten, nichts scheuen, nicht einmal die Zertrümmerung des Reichs und neue, und diesmal vor der Gerechtigkeit bestehende, Vernichtung des deutschen Volkes.

## Die Reichswehr und die nationalen Verschwörer

Von . . .

### I.

Am 1. Oktober 1923 wurden in der „Glocke“ die nachstehenden Sätze veröffentlicht:

„Die Politik der Regierung und damit auch die Politik der Partei muß im Hinblick auf die ihr entgegenstehenden Gefahren gewappnet sein. Sie muß Waffen haben. Diese Waffen sind ohne Zweifel — wir sagen das mit Stolz und Zuversicht — nicht zuletzt die Fäuste der deutschen Arbeiter. Zuerst aber sind diese Waffen die Instrumente, die für die Exekutive der Regierung geschaffen worden sind: Sicherheitspolizei und Reichswehr.

Es bedarf keines Hinweises, daß die Republik nicht mit unbedingtem Vertrauen auf diese beiden Instrumente ihrer Exekutive sich verlassen kann. Im besonderen die Geschichte der Reichswehr garantiert keine volle Zuverlässigkeit. Keine volle Zuverlässigkeit der Gesinnung. Vielleicht aber immerhin eine Zuverlässigkeit der praktischen Erwägung. Und darauf kommt es an. In unserm Staatswesen ist alles labil. Man kann kaum erwarten, daß die Reichswehr so, wie sie wurde, republikanisch gesonnen ist. Es ist gewiß ein unerhörter, kaum erträglicher Zustand, daß die bewaffnete Macht der Republik nicht mit ihrem Herzen bei dieser Republik steht. Wer aber vermöchte diesen Zustand jetzt zu ändern? Wer wagt, bei solcher Sturmesfahrt, wie wir sie jetzt durchzuhalten haben, die Pferde zu wechseln? Wir leben von Kompromissen. Wir müssen auch das Kompromiß mit der Reichswehr, die Reichswehr muß das Kompromiß mit der Republik eingehen. Gewiß wird es Offizieren des früheren kaiserlichen Heeres schwer fallen, wenn notwendig, auch auf deutschnationale Klassengenossen zu schießen.

Aber wir sind bis zum Beweis des Gegenteils der festen Ueberzeugung, daß die Einsicht in die Notwendigkeiten des Reichs auch

diesen Offizieren die Erfüllung schwerer Pflicht ermöglichen wird. Wir haben es an Kritik gegenüber der Reichswehr nie fehlen lassen. Jetzt heißt es, festzustellen, wie die notwendig gewordene Gemeinsamkeit für beide Teile am erträglichsten durchzuhalten ist. Wer dagegen verstößt, wer der Republik die Waffe, nicht die einzige, die sie besitzt, aber immerhin eine entscheidende Waffe, aus der Hand schlägt, wer diese Waffe zum Widerstand geradezu aufreizt, ist — das Unleidliche des ganzen Komplexes der hier naheliegenden Erwägungen immer zugegeben — ein Gefährder nicht nur der Republik, überhaupt des Weiterbestandes des deutschen Volks.“

Diese, auf politische Vernunft gebaute Zuversicht in die Republiktreue der Reichswehr ist der „Glocke“ als Mangel an Einsicht vorgehalten worden. Die Ereignisse haben aber bald erwiesen, daß solche Zuversicht berechtigt war. Der Prozeß gegen die Seeckt-Attentäter beleuchtet noch einmal klar die Kluft, die schließlich durch die Schüsse von Küstrin und München zwischen die nationalen Banditen und die Reichswehr eingesprengt worden ist.

## II.

Der Prozeß gegen die Seeckt-Attentäter war ein buntes Bilderbuch, ein Bilderbuch, von bekannten und unbekanntem Verfassern dem deutschen Staatsbürger zu Nutz und Frommen zugeeignet. Dieses Verfahren gegen Thormann und Dr. Grandel war geradezu der Schulfall eines schwierigen politischen Prozesses: ein gewöhnliches Gerichtsverfahren wegen Raubmords verhält sich zu diesem Prozeß etwa wie eine Aufgabe aus dem großen Einmaleins zu einer schweren algebraischen Gleichung mit mehreren Unbekannten.

Im Laufe der Verhandlung traten die Angeklagten und ihre Straftat zeitweilig völlig in den Hintergrund. Sie wurden selbst zu Zuschauern, während vor ihnen in der Arena andere, bedeutendere Gegner einen scharfen Waffengang ausfochten. Den Höhepunkt des Prozesses bildete die Gegenüberstellung des Generals v. Seeckt, der als Opfer des Mordplans ausersehen war, mit dem Justizrat Claß vom Alldeutschen Verband, der von Dr. Grandel als Anstifter und Protektor des Mordplanes in seinem ersten, später widerrufenen Geständnis genannt worden war. Es war unschwer zu erkennen, daß sich hier Todfeinde gegenüberstanden. Wenn ein Mann wie General v. Seeckt aus seiner sonst sorgsam gewährten Zurückhaltung und Abgeschlossenheit freiwillig heraustritt und öffentlich Erklärungen abgibt, so kann man als sicher annehmen, daß er dafür seine triftigen Gründe hat. Die von Seeckt formulierte Kennzeichnung des Justizrats Claß, daß er zu den Leuten gehöre, die da sagen, irgend was müsse geschehen, und die einen General suchen, der dumm genug sei, auf sie hereinzufallen, hat historische Bedeutung. Durch die Aussage v. Seeckts ist festgestellt, daß Claß, gestützt auf die Vaterländischen Verbände, Ende September einen Putsch unternehmen wollte, und daß er General v. Seeckt zur Teilnahme an diesem Verbrechen überreden wollte. Bemerkenswert ist,

daß Claß selbst auf eine zweite Besprechung hinwies, die General v. Seeckt an dem gleichen Tage mit Herren vom Landbund gehabt habe und in der ähnliche Dinge besprochen worden sein sollen. Es scheint sich also damals um ein konzentrisches Vorgehen gegen Seeckt gehandelt zu haben. Die Rolle, die gewisse Landbund-Häuptlinge (v. Knebel-Döberitz und Graf Helldorff wurden genannt) als norddeutsche Verbindungsleute des Herrn v. Kahr gespielt haben, ist aus dem Hitler-Prozeß bekannt. In demselben Zusammenhang wurden schon damals Claß, sein Faktotum Geisler und Graf Reventlow erwähnt, während eine Anzahl anderer „norddeutscher Herren“ nicht namentlich genannt wurde. Die Unterredung zwischen Claß und Seeckt war etwa am 23. September. In diesen Tagen zog sich in Berlin jenes Gewitter zusammen, das man den Putsch der sogenannten „Schwarzen Reichswehr“ nennt. Die Gefahr war damals riesengroß. Hinter den Kulissen fand ein erbittertes Ringen um die Macht statt. In den letzten Tagen des Monats September wurde der Haftbefehl gegen Major Buchrucker vom Reichswehrminister erlassen. Buchrucker schlug am 1. Oktober in Küstrin los. Aber ebenso wie der Gesamtplan an der Haltung des Chefs der Reichswehr scheiterte, scheiterte Buchrucker an der unbeugsamen Haltung des wackeren Kommandanten von Küstrin. Doch der Plan war nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Als nächster Schlag gegen v. Seeckt und die Reichsregierung folgte die Loslösung der bayerischen Reichswehr unter v. Lossow mit freundlicher Unterstützung des Ehrenvorsitzenden der Vaterländischen Verbände Bayerns und Generalstaatskommissars mit außerordentlichen Vollmachten, Herrn v. Kahr. Norddeutschland hatte versagt, also sollte von Bayern aus der nationale Umschwung im Reiche vorbereitet und durchgeführt werden. Das weitere wissen wir aus dem Hitler-Ludendorff-Prozeß. Der Vorstoß der Nationalsozialisten zerstörte den Plan. Da erweckte die Ernennung des Generals v. Seeckt zum Inhaber der vollziehenden Gewalt noch einmal die Hoffnungen der Kahr- und Claß-Leute. In der Berliner „Deutschen Zeitung“ wurde General v. Seeckt damals in aller Offenheit wiederholt aufgefordert, die ihm verliehenen Vollmachten dazu zu benutzen, eine echte völkische Diktatur unter Ausschaltung der Reichsregierung und des Reichspräsidenten aufzurichten. Diese Aufforderung wird auch heute nicht bestritten. Claß sagte bei seiner Vernehmung wörtlich: „Das ist auch heute noch meine Meinung, daß General v. Seeckt es in der Hand gehabt hat, die unhaltbaren Zustände auf legalem Wege zu beseitigen. Nach meiner Ueberzeugung konnte der Inhaber der vollziehenden Gewalt das Ministerium entlassen und den Reichstag auflösen.“ Man sieht, Justizrat Claß vertritt hier ganz ähnliche staatsrechtliche Auffassungen, wie sie General v. Lossow vor dem Münchener Volksgericht in seinen Ausführungen über den Staatsstreich vertreten hat.

Den Herren liegt weniger am Staatsstreich als an der Staatsgewalt, die sie sich aneignen wollen. Man kann diese Ueberzeugungen und Ansichten ganz kurz zusammenfassen in das Wort „Gewalt geht vor Recht“. War das nicht immer der Grundsatz des Alideutschen Verbandes?

Die Versuche des Justizrats Claß, den General v. Seeckt in ein Netz von Zweideutigkeiten hineinzuziehen und unter Ausschluß der Oeffentlichkeit über die politischen Zusammenhänge zu verhandeln, wurden von dem General ebenso wie von dem Gericht kurz und bündig abgelehnt. Man sah deutlich, daß der General Wert darauf legte, zu unterstreichen, daß zwischen ihm und Claß keinerlei die Sicherheit des Staates gefährdenden und die Oeffentlichkeit ausschließenden Geheimnisse beständen. Die aufrechte und klare Haltung des Chefs der Heeresleitung machte einen vorzüglichen Eindruck.

Noch in Gegenwart Seeckts wurden Justizrat Claß einige an ihn gerichtete oder von ihm geschriebene Briefe durch den Generalstaatsanwalt vorgehalten, in denen zum Ausdruck kam, daß General v. Seeckt schuld daran sei, daß die gegenwärtigen Zustände nicht beseitigt werden könnten, daß er das Hindernis für den nationalen Umschwung sei und daß er durch sein Bekenntnis zur Legalität sich sein Urteil selbst gesprochen habe. Claß mußte zugeben, daß er mit dem Angeklagten Dr. Grandel wiederholt in diesem Sinne über Seeckt gesprochen habe, zuletzt in einer Unterredung drei oder vier Tage vor dem von den Verschworenen für das Attentat angesetzten Tag. Wenn also auch die tatsächliche Mordanstiftung nach dem Widerruf des Angeklagten Grandel und nach dem Ableugnen durch Claß nicht zu beweisen war, so ist doch die intellektuelle Anstiftung durch dieses Geständnis von Claß selbst zweifelsfrei belegt. Die Rolle, die Claß in dem Verfahren spielte, war, alles in allem gesehen, eher die eines Angeklagten, als die eines Zeugen. Sein im Anfang sehr selbstgefälliges und breitpuriges Auftreten wurde im Laufe der Verhandlung etwas bescheidener, und es gab Augenblicke, in denen er sichtlich in Bedrängnis geriet und seine sieghafte Sicherheit völlig verlor.

Das System der Verteidigung, das sich die Angeklagten zurechtgelegt hatten, war ziemlich kümmerlich, zumal sie durch frühere Geständnisse sich festgelegt hatten. Die Beteiligung am Mordplan konnten sie nach allem, was feststand, nicht bestreiten. Sie bestritten lediglich, daß die Aufforderung zur Tat von ihnen ausgegangen sei und daß sie ernstlich den Willen zur Tat gehabt und an ihre Ausführung geglaubt hätten. Die Umstände waren für diese Art der Verteidigung wenig günstig. Zunächst ist es schon auffallend, daß die Angeklagten, von denen der eine vor kurzem aus München, der andere eben aus Augsburg in Berlin eingetroffen

war, ihr Zusammentreffen nicht anders motivieren können, als daß sie sich zufällig auf dem Potsdamer Platz getroffen hätten.

Wenn sodann Thormann, der vom Wikingbund kam, sein Verhalten gegenüber dem Zeugen und Anzeiger von Tettenborn damit motiviert, daß er in dem ihm angeblich von Tettenborn gestellten Ansinnen, den General zu ermorden, eine Spitzelei gesehen habe, auf die er nur zum Schein eingegangen sei, um sie aufzudecken, so ist dies nur eine Umkehrung von dem, was Tettenborn selbst behauptet. Thormann drehte einfach den Spieß herum, er hatte aber dabei nicht die Wahrscheinlichkeit für sich. Denn es kann wohl für einen Thormann einen Zweck haben, von Tettenborn, der Parteisekretär der Völkischen und mit deren Führern eng verbunden war, hineinzulegen und mit ihm auch seine Partei zu kompromittieren. Aber welchen Reiz konnte es für Tettenborn haben, sich in ein für seine Stellung doch höchst gefährliches Spitzelspiel einzulassen, um einen völlig unbedeutenden und unbekanntem Herrn Thormann zu kompromittieren? Thormanns Ausrede ist also nicht gerade wahrscheinlich. Nun weiter! Thormann hat seinerseits ohne irgendwelche Nötigung den beiden Anzeigern Köpke und Tettenborn völlig unbekanntem Dr. Grandel in die Sache hineingezogen. Dieser hat, obwohl er angibt, Thormann nur oberflächlich zu kennen, sich ohne weiteres auf ein Straßengespräch hin an der Sache beteiligt, hat an einer Besprechung über die Vorbereitung der Tat mit dem angeblichen Täter Köpke teilgenommen und diesen am frühen Morgen bis an den Tatort begleitet. Auch Dr. Grandel gibt nun an, daß er an wirkliche Ausführung der Tat nie geglaubt habe, und daß er den Köpke für einen Spitzel gehalten habe. Nun ist eine solche Handlungsweise bei Dr. Grandel noch weit unerklärlicher als bei Thormann. Dieser ist ein politischer Abenteurer ohne Existenzmittel und ohne festen Beruf, der nichts zu verlieren hat, Grandel dagegen ist ein wohlhabender Mann, er ist Fabrikbesitzer und hat Familie, er riskiert in einem solchen ziellosen Abenteuer Besitz, Stellung und bürgerliches Ansehen. Grandel ist in den nationalen Kreisen ein wohl bekannter und angesehener Mann. Claß, Bang, Reventlow, Lessel, Oberregierungsrat Weiß kennen ihn aus seiner Abwehrtätigkeit während des Ruhrkampfes. Er ist nicht der erste, beste. Die Tatsache, daß er nach der Aufdeckung des Attentats den Führer des Alideutschen Verbandes der Anstiftung bezichtigt hat, bleibt unerklärlich, wenn man nicht annimmt, daß es die reine Wahrheit gewesen ist.

Die Rechtsanwälte und die Zeugen Weiß und Lessel veranstalten zwischendurch eine Treibjagd auf den Zeugen Gilbert. Man hat ihn früher als den Macher des ganzen Attentatsplans hingestellt. Davon hat sich nichts erweisen lassen. Es steht lediglich fest, daß er dem Reichskommissariat für die öffentliche Ordnung, das er auch sonst mit Nachrichten und Informationen be-

diente, die erste Mitteilung Tettenborns über den Attentatsplan überbracht hat. Aber dieser Gilbert, den der Zeuge Trepte damit charakterisiert, daß er ihn als einen Feind der O.C. bezeichnet, ist ein Mann, der wohl vielen Leuten zu viel weiß und der deshalb unschädlich gemacht werden soll. Man sucht ihn persönlich zu diskreditieren, indem man ihm Unterschlagung, Betrug, Hochverrat vorwirft. Alle diese Beschuldigungen werden nur vage gestreift. Sie können richtig sein, sie können auch falsch sein. Wer kann das beurteilen? Aber warum, wenn alle diese Dinge bekannt sind, beschäftigt sich nicht das Gericht mit ihrer Klärung? Die Sammlung von unter Eid gestellten gutachtlichen Äußerungen über den Zeugen Gilbert machen einen eigenartigen Eindruck, da sie durch die Rolle, die Gilbert in diesem Prozeß als Briefträger des Herrn v. Tettenborn spielte, kaum gerechtfertigt sind. Gilbert hat, wie sich aus den Äußerungen des beurlaubten Chefs der Berliner Polizei ergab, beim Oberreichsanwalt eine Anzeige gegen verschiedene Personen erstattet, die er als Hintermänner des Rathenau-Mordes bezeichnet hat. Einer dieser Personen war der Direktor Lessel der Lohmann-Metallwerke, zufällig auch ein Bekannter von Grandel, der zufällig einige wenige Tage vor der Aufdeckung des Attentats mit Grandel zusammen war. Lessel ist als Entlastungszeuge für seinen Freund Grandel geladen und benutzt die Gelegenheit, den Zeugen Gilbert, den er zufällig hier vor dem Forum des Gerichts trifft, nach Strich und Faden schlecht zu machen und darüber hinaus unter Eid zu erklären, daß er mit dem Rathenau-Mord nichts zu tun habe. Eine ähnliche Erklärung hat vorher schon der beurlaubte Oberregierungsrat Weiß abgegeben, indem er gleichzeitig die Glaubwürdigkeit Lessels reichlich merkwürdig damit bescheinigte, daß dieser doch ein guter Freund des Polizeipräsidenten Richter sei. Solche Kulissenschieberei war ebenso merkwürdig wie seine Verbeugung vor dem Alldutschen Verband. Der Vorsitzende bemerkt schüchtern, man dürfe doch nicht auf solche Weise in ein schwebendes Verfahren eingreifen. Es ist klar: dieses Zwischenspiel hatte seinen Zweck in sich. Außerdem diente es dazu, den Beamten des Reichskommissariats, der mit einer vielleicht allzu aktiven Beteiligung den Völkischen beigestanden hat, die Falle für die Claß-Völkischen zu stellen, anzuschwärzen. Der Konkurrenzkampf, politische Polizei gegen Reichskommissariat, soll hier endgültig ausgefochten werden, das Monopol für alles politische Nachrichtenwesen und alle politische Exekutive soll für die Abteilung Ia erkämpft werden.

Der beurlaubte Chef dieser Abteilung hat erklärt, daß, wenn Tettenborn mit der Anzeige zu ihm gekommen wäre, er ihn sowohl wie Thormann in Haft genommen hätte. Dann wäre es bestimmt nicht zu dem Prozeß gekommen. Die Aufgabe der Polizei sei doch, politische Verbrechen und Prozesse zu verhüten. Diese

Taktik ist äußerst bequem. Sie erklärte die politische Polizei zur moralischen Anstalt. Ob man den Kommunisten gegenüber auch so verfährt? Gewiß wäre den Herren Justizrat Claß, dem Herrn Bang, dem Herrn Doktor Grandel ein großer Gefallen getan worden, wenn dieser Prozeß unterblieben wäre. Für das Staatsinteresse war es zweifellos förderlich, daß er stattgefunden hat, denn durch ihn sind mancherlei Dinge klargestellt worden, die der Klarstellung seit langem bedurften. Es ist erfreulich, daß durch die Initiative einer Behörde in ein Verschwörernest hineingeleuchtet worden, und wenn dabei selbst in Einzelheiten Unkorrektheiten vorgekommen sind, so ist doch die Verantwortungsfreudigkeit der Beamten anzuerkennen, die für die Republik ihre Person und ihren Ruf ohne Zögern eingesetzt haben, obwohl sie sicher wußten, daß die kläffende Meute der nationalen Presse von dieser Stunde ab unermüdlich auf sie gehetzt würde.

## Wird die Rentenmark stabil bleiben?

Von Dr. R. v. Ungern-Sternberg

Zweifellos wird der gegenwärtige Zustand unseres Geldwesens noch geraume Zeit weiter bestehen, denn es hat mit der Gründung der Goldnotenbank, wie sie das Dawes'sche Sachverständigen-Gutachten vorsieht, sicherlich noch gute Weile. Unter diesen Umständen ist die Stabilität unserer Währung — sowohl der Papiermark, wie der Rentenmark — selbstverständlich von allergrößter Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben, und es sollte daher Pflicht jedes im Wirtschaftsleben Stehenden sein, sich darüber Klarheit zu verschaffen, auf welchen Grundlagen die Kaufkraftstabilität der Papier- und Rentenmark im verflossenen Halbjahr eigentlich beruht. Sind es lediglich Zufallsmomente, die bisher die Kaufkraft der Rentenmark aufrechterhalten haben? Stehen wir etwa vor einer neuen Geldentwertung? Oder sind es beständig fortwirkende Tatsachen von prinzipieller Bedeutung, die es unter gewissen Voraussetzungen ermöglichen, die Kaufkraftstabilität der Papier- und Rentenmark dauernd aufrechtzuerhalten. Mit anderen Worten: ist zu gewärtigen, daß sich die Rentenmark als ein „unbegreiflicher Irrtum“ herausstellen wird, wie Professor Harms-Kiel (Weltwirtschaftsdienst, Nr. 16/24) in etwas hitziger Weise behauptet, oder beruht die Konstruktion dieses Geldes auf einer tieferen Erkenntnis vom Wesen des Geldes, durch die eine dauernde Wertbeständigkeit gewährleistet ist?

Ein „unbegreiflicher Irrtum“ ist die Rentenmark schon deshalb nicht, weil sie bereits gegenwärtig alle Erwartungen hinsichtlich der Dauer ihrer Wertstabilität übertroffen hat. Sie sollte doch nur eine Uebergangswährung sein, die einige Monate wahren sollte, um die vorbereitenden Maßnahmen für die Errichtung einer Goldnotenbank zeitlich zu ermöglichen, und sie ist und wird immer mehr die deutsche Währung. Andererseits ist es nicht die eigentliche Konstruktion der Rentenmark, die ihre Stabilität bedingt, denn die Satzungen der Rentenbank enthalten meines Erachtens gar nichts, was für die Stabilität dieses Geldzeichens von ausschlaggebender Bedeutung sein kann. Selbst die sehr kluge Bestimmung, die jeden Inhaber von 500 Rentenmark berechtigt, einen 5 prozentigen Rentenbrief zu verlangen, hat nur die Wirkung, daß

auf diesem Wege dem Verkehr gewisse Rentenmarkbeträge entzogen werden können und an die Bank zurückfließen, wodurch eine Verringerung der Menge der umlaufenden Rentenmarkbeträge erzielt wird, und zwar gerade dann, wenn aus irgendeinem Grunde die Befürchtung auftaucht, daß die Rentenmark im Werte sinken könnte. Uebrigens hat man von dieser Anordnung des Rentenbankstatuts zurzeit noch sehr wenig Gebrauch gemacht, denn die ganze Summe von Rentenbriefen beträgt gegenwärtig nur 233 500 Rentenmark.

Die Erfahrungen, die mit der Rentenmark gemacht worden sind, bestätigen die geldtheoretische Ansicht, wonach das Moment der Quantität für die Wertbeständigkeit eines Zahlungsmittels — ganz gleich, ob Gold, Silber oder was sonst für ein Stoff zur Geldherstellung verwandt worden ist —, von ausschlaggebender Bedeutung ist. Zum Ausdruck kommt diese Abhängigkeit des Geldwertes oder, was das gleiche ist, der Kaufkraft der Geldeinheit von der Quantität der Zahlungsmittel einerseits und der Größe des Warenumsatzes andererseits am eindrucksvollsten in Zeiten der Inflation, d. h. bei ungehemmter Vermehrung der Papiergeldmenge, die, wie wir ja alle wissen, ein rapides Steigen sämtlicher Preise oder, was dasselbe besagt, ein unaufhaltsames Sinken der Kaufkraft der Geldeinheit zur Folge hat. Bei der Deflation, d. h. einer gewollten Verknappung der im Verkehr befindlichen Geldmenge, wie wir sie im Verlauf des letzten Halbjahres zeitweilig beobachten, spielen sich die entgegengesetzten Vorgänge ab — der Wert des Geldes steigt, der allgemeine Preisspiegel hat sinkende Tendenz. Die Kaufkraft jedes Geldes hängt also ab von dem Verhältnis, in dem der Bedarf an Zahlungsmitteln, der durch die Größe des jeweiligen Warenumlaufs (Hausse-, Baissezeiten) bedingt wird, zu der Geldmenge steht, die tatsächlich in Umlauf gesetzt ist. Wächst bei gleichbleibender Warenmenge die Geldmenge und weitet sich die Kaufkraft weiter Kreise in quantitativer Hinsicht aus, so sinkt die Kaufkraft der Geldeinheit bzw. es steigt der Preisspiegel, sinkt dagegen bei gleichbleibender Warenmenge die in Verkehr gebrachte Quantität von Zahlungsmitteln, so steigt die Kaufkraft der Geldeinheit bzw. es ergibt sich eine Tendenz zur Senkung des Preisspiegels. Diese Quantitätstheorie des Geldwertes erfährt eine gewisse Ergänzung, wenn man die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes mit berücksichtigt. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes steigert sich, wenn bei starker Inflation kein Mensch „in der Mark bleiben“, d. h. sparen will, sondern bestrebt ist, das Geld so schnell wie möglich auszugeben. Dadurch staut sich das Geld im Verkehr und treibt die Preise weiter in die Höhe. Sobald dagegen der Wert des Geldes infolge deflationistischer Maßnahmen der Zentralnotenbank zunimmt, verlangsamt sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, weil wieder gespart, d. h. ein Teil des Geldes immobilisiert wird und aus dem Verkehr verschwindet, wodurch die Kaufkraft des umlaufenden Geldes weiter gesteigert, bzw. bei zunehmendem Warenumlauf Platz für neue Geldemissionen gemacht wird.)\*

Wie soll nun aber das quantitative Verhältnis zwischen der Größe des Warenumlaufs und der Geldmenge bestimmt und geregelt werden? Als oberster Grundsatz muß hier gelten, daß die Geldmenge, die in Verkehr gebracht wird, den Bedürfnissen des Warenumlaufs anzupassen ist. Die Geldmenge hat in der Regel der Produktionsentfaltung und der Größe der Warenzirkulation zu folgen. Im übrigen bildet diese Frage den Gegenstand der Währungs- und insbesondere der Diskontpolitik des

\*) Ich bemerke, daß hier nur von den Einwirkungen die Rede ist, die von der Geldseite her die Kaufkraft des Geldes beeinflussen und dadurch auf die Preise Einfluß gewinnen. Selbstverständlich werden Preisveränderungen auch von der Wareseite her bewirkt, wie z. B. durch Aenderung der Warenmenge, bei Fehlernten usw.

Zentralnoteninstituten, die wie alle Politik eine Kunst und keine Wissenschaft ist. Immerhin gibt es natürlich Anhaltspunkte für die Beurteilung der Frage, ob zu einem gegebenen Zeitpunkt die Kaufkraft des Geldes größer oder geringer ist als zu einem vorhergehenden. Die Indexzahlen geben hierüber Auskunft. Allerdings dürfen die Indexzahlen, die der Entscheidung über die einzuhaltende Währungspolitik zu Grunde gelegt werden, zeitlich nicht nachhinken. Sie müssen auf Eildienstmeldungen beruhen und natürlich möglichst viele für die Lebenshaltung wesentliche Waren an möglichst zahlreichen Orten des Wirtschaftsgebietes umfassen. Ferner ist das Anwachsen der Kreditansprüche von Produzenten und Händlern ein Anzeichen dafür, daß das Geld anfängt, knapp zu werden, und daß folglich die Kaufkraft der Geldeinheit voraussichtlich zunehmen wird, bzw. die Preise die Tendenz haben werden, zurückzugehen. Ferner muß natürlich die Gesamtheit aller statistischen und konjunkturellen Angaben der Entscheidung über die Währungspolitik zu Grunde gelegt werden. Im Einzelfalle kommt es natürlich darauf an, welche Absichten das Zentralnoteninstitut verfolgt: Will es die Kaufkraft der Geldeinheit steigern und den Preisspiegel herabdrücken, so wird es durch deflationistische Maßnahmen, d. h. durch fortgesetzte Einschränkung der Kreditgewährung eine Geldverknappung herbeizuführen suchen. Will es aber im Gegenteil die Warenpreise steigern etwa in der Absicht, die industrielle Tätigkeit anzuregen, so wird es durch eine liberalere Kreditgewährung die umlaufende Geldmenge vergrößern, also inflationistisch auf die Volkswirtschaft einwirken. In normalen Zeiten aber muß natürlich das Ziel aller Währungspolitik sein, die Stabilität der Währung aufrechtzuerhalten, also danach zu streben, daß eine bestimmte Geldeinheit stets die gleiche Quantität an Waren zu „kaufen“ vermag, oder mit anderen Worten, daß die Preise möglichst unverändert bleiben.

Der Umstand also, daß die Warenproduktion und die Warenzirkulation je nach ihrer Intensität bald mehr, bald weniger Geld brauchen, gibt die Möglichkeit, die Kaufkraft der Geldeinheit zu beeinflussen und eine aktive, zielbewußte Währungspolitik zu treiben. Hieraus ist schon ersichtlich, einen wie maßgebenden Einfluß das Zentralnoteninstitut auf die gesamte Volkswirtschaft auszuüben in der Lage ist.

Alles über den Geldwert oder die Kaufkraft des Geldes schlechthin Gesagte, gilt auch in vollem Umfange für die Rentenmark. Auch der „Wert“ der Rentenmark beruht auf dem Quantitätsmoment, und die bisherige relative Stabilität ihrer Kaufkraft ist dadurch bedingt, daß die Rentenmark nur in verhältnismäßig geringem Umfang auf dem Wege des Wechseldiskonts, des Lombardkredits und der Anleihen an das Reich in den Verkehr gebracht wurde. Alle sonstigen Bestimmungen des Rentenbankgesetzes, wie die Belastung des Grund und Bodens mit einer Grundschuld zugunsten der Rentenbank, sind für die Stabilitätssicherung der Rentenmark im Grunde genommen nebensächlich, tun einem festgewurzelten Vorurteil, wonach das Geld einer „realen“ Sicherheit, einer „Deckung“ nicht entbehren kann, Genüge und würden nicht ausreichen, wenn die Rentenbank nicht die gekennzeichnete Emissionspolitik einhält. Allerdings scheinen die statistischen Angaben über den Notenumlauf in den letzten 5—6 Monaten dieser Ansicht zu widersprechen, denn danach wäre der gesamte Geldumlauf (Reichsbanknoten, genehmigtes Notgeld, Rentenmark, Goldanleihe) von 1584,7 Mill. Goldmark am 30. 11. 23 auf 2824,3 Mill. Goldmark am 31. 3. 24 gestiegen,\*) es müßte also eine Geldentwertung, eine Preishausse in die Erscheinung treten, wenn die statistischen Angaben richtig wären. Aber die Größe des

\*) Wirtschaft und Statistik, Nr. 8/24.

tatsächlichen Geldumlaufs ist durch die angeführten Zahlen keinesfalls zutreffend gekennzeichnet. Es fehlen für den Anfangszeitpunkt die sehr großen Summen des illegalen Notgeldumlaufs, für den es keine Statistik gibt, der im November und Dezember v. J. bekanntlich einen sehr breiten Raum eingenommen hat, seit etwa 1—2 Monaten aber fast ganz verschwunden und nur bis zu einem gewissen Grade durch Rentenmark und Reichsbanknoten ersetzt worden ist. Ferner hat die Kaufkraftstabilität der Rentenmark sehr bald noch ein anderes, die Stabilität weiter befestigendes Moment ausgelöst, nämlich die Verminderung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, wodurch für eine erweiterte Geldemission Platz gemacht worden ist. Zeitweilig mag immerhin das rationelle, zulässige Maß der Geldemission in Form zu weitgehender Kreditgewährung an die Privatwirtschaft seitens der Reichsbank wohl überschritten worden sein, und die Gefahr einer neuen Inflation wohl bestanden haben. Ob diese Befürchtung zurzeit auch noch berechtigt ist, mag dahingestellt bleiben. Die Großhandelspreise geben darauf eher eine negative Antwort, denn sie sind in letzter Zeit ziemlich unverändert geblieben (124,2 — 125,2 — 123,8).

Zusammenfassend können wir auf die Frage, ob die Rentenmark in ihrer Kaufkraft stabil bleiben wird, antworten, daß das so lange der Fall sein kann, als eine vorsichtige und geschickte Währungspolitik befolgt wird und inflationistischer Mißbrauch unterbleibt. Die Rentenmark bedarf, ebenso wie jedes andere Geld, zur Aufrechterhaltung ihrer Kaufkraft nicht eines Golddeckungsfonds oder der Einlösbarkeit in Goldmünze, denn es ist doch in der Tat gleichgültig, auf welchem Wege man das Element der Seltenheit, das jedem Werturteil zu Grunde liegt, in der Geldverfassung wirksam werden läßt, — ob dadurch, daß man Gold anhäuft und seinen Seltenheitswert zur Stützung der Geldnoten einsetzt, wie das bei der Goldwährung der Fall ist, oder dadurch, daß man dem Rentenmarkschein selbst gewissermaßen Seltenheitswert verleiht, indem man die Quantität der in Umlauf gesetzten Rentenmark tunlichst einschränkt und dadurch bewirkt, daß die Rentenmark sozusagen ihren Wert selbst trägt mittels der Zahlungsmittelfunktion, die sie im Verkehr ausübt.

## Abrüstung in Schweden

Von Wilhelm Grotkopp (Kiel)

Es ist ein Zeichen starker politischer Schulung und objektiver Einstellung, wenn in England wie auch in Schweden und Dänemark das Bürgertum die Sozialisten regieren läßt, sobald sie eine ansehnliche Wählermasse hinter sich haben. In den skandinavischen Staaten, von denen allein heute gesprochen werden soll, haben die Bürgerlichen die Rolle einer legalen Opposition gespielt und es abgelehnt, der Regierung bewußt Schwierigkeiten in den Weg zu legen, nur um sie zu stürzen. Sie konnten sich diese großzügige Geste erlauben, da die auf parlamentarische Unterstützung seitens der Bürgerlichen angewiesenen Sozialisten die Realisierung ihres Endziels zunächst hintanstellen mußten, um die Regelung von Fragen zu übernehmen, die die Bürgerlichen nicht gemeistert hatten. Branting übernahm in Schweden die Regierung, als die Massenarbeitslosigkeit ihren Höhepunkt erreicht hatte, und durfte die Führung der Staatsgeschäfte wieder in die Hände der Bürgerlichen zurückgeben, als die Arbeitslosen beruhigt waren und sich überall im Wirtschaftsleben die Anzeichen einer beginnenden Besserung zeigten. Stauning

führte den Wahlkampf im wesentlichen gegen die Valutamaßnahmen der von den exportierenden Bauern abhängigen Regierung Neergard. Da er siegte, mußte er naturnotwendigerweise sein Hauptaugenmerk zunächst diesem Problem widmen. Beide, Stauning wie Branting, waren sich, nüchtern eingestellt, wie die Nordländer nun einmal sind, vollkommen darüber im klaren, daß sie nur vorsichtig Vorarbeiten zu leisten hätten, um einerseits durch Halbheiten die Idee des Sozialismus nicht zu kompromittieren, und andererseits eine gesunde Basis für eine künftige, stärker fundierte Arbeiterregierung zu schaffen. Um den Kapitalismus „weniger unangenehm“ zu machen, mußten sie zunächst demokratische Politik als „Politik auf längere Sicht“ treiben und Ideale in den Vordergrund stellen, die gemeinsam vom Proletariat und weiten Schichten des Bürgertums vertreten werden. Als erste Forderung bewußter proletarischer Politik stellten Branting und Stauning die Abrüstung auf. Branting wurde von den militärischen Kreisen des Bürgertums gestürzt, als er positiv hierfür zu arbeiten suchte, Stauning wird im Herbst hier seine Erfahrungen machen und dann wahrscheinlich auch vom Bürgertum im Stich gelassen werden. Beide haben aber für den kommenden Wahlkampf eine Parole, um die sie wohl manch andere Arbeiterpartei beneiden kann.

Zum mindesten haben Branting und Stauning erreicht, daß in Schweden wie in Dänemark das Problem der Abrüstung im Vordergrund der öffentlichen Diskussion steht. In Schweden wurde diese Frage sogar in einer großen parlamentarischen Kommission eingehend erörtert, die unerwartet schnell Ende Mai einen Bericht vorgelegt hat, der nachfolgend einer kurzen Kritik unterzogen sei.

Ohne Uebertreibung ist dieser Bericht als Sieg der schwedischen Arbeiterbewegung zu bezeichnen. Da nämlich die bürgerlichen Parteien sich auf keinen einheitlichen Vorschlag einigen konnten, ja sogar die Bedeutung des Regierungsvorschlags durch Gegenvorschläge schwächten, konnten die in dieser Frage geschlossen vorgehenden Arbeitervertreter den Kommissionsbericht vollkommen in ihrem Sinne gestalten, so daß sich der Vorschlag der Kommission mit dem der Sozialdemokratie deckt. Sieht man von den drei Vorschlägen ab, die vorläufig nur durch die Namen der Verfasser gedeckt sind und in wesentlichen Punkten mit den Vorschlägen irgendeiner Partei übereinstimmen, so bleiben folgende Entwürfe:

Heereskosten (Millionen Kr.)	Zahl der Armeekorps	Ausbildungszeit der Infanterie (Tage)	Ausgaben für Schiffneubauten in den nächsten 5 Jahren (in Mill. Kr.)
Rechte	140	6	195
Regierung	138	6	195
Bauernbund	131	5,5	140
Freisinnige	111	4	140
Sozialdemokraten	100	3	140

Ergänzend sei zunächst auf einige andere Zahlen des Ausschußberichts hingewiesen. Von den 100 Millionen Kr. entfallen rund 88 Mill. Kronen auf ordentliche regelmäßige Ausgaben für die Heeresorganisation und 12 Mill. Kr. auf außerordentliche. Wird der Vorschlag angenommen, so sind die ordentlichen Heeresausgaben gegenüber 1914 um fast 100 Mill. Kr. herabgesetzt. Eine sehr große Summe im Rahmen des schwedischen Staatsbudgets, das 1923/24 gemäß dem Voranschlag mit 650 Mill. Kr. balancieren soll. Die Annahme des Vorschlags würde es also ermöglichen, entweder die mehr als 1,5 Milliarden Kr. ausmachenden Staatsschulden allmählich abzutragen, oder die Steuerlast zu ermäßigen, oder auch das kulturelle und soziale Aufgabengebiet des Staates auszudehnen. Ein großes Plus für die schwedische Volkswirt-



schaft wird ferner darin bestehen, daß späterhin nur noch 24 000 Mann für im allgemeinen 140 Tage pro Jahr der eigentlich produktiven Arbeit entzogen und zum Heeresdienst einberufen werden. Zwar sollen 9000 Mann als Ersatzreservisten Verwendung finden, sonst ist aber prinzipiell jede Einberufung früher Ausgebildeter zu Reserve- und Landsturmübungen, wie auch — ausgenommen die Skiläufer — Ausbildung in der Winterzeit abgelehnt. Ebenfalls wird im Bericht die staatliche Unterstützung freiwilliger Schutzkorps wie auch die militärische Vorbereitung der Jugend entschieden abgelehnt. Und hiermit ist sicherlich ein wesentlicher Schritt getan, um endlich den Gedanken der Soldatenspielerlei und des frisch-fröhlichen Krieges, der ja genügend Unheil angestiftet hat, aus den Gehirnen der Menschen und besonders der Kinder zu verdrängen.

Aus den übrigen Teilen des Berichts sei nur der prinzipiell bedeutende Gedankengehalt wiedergegeben. Der Vorschlag der bürgerlichen Regierung wird im wesentlichen aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen abgelehnt, da nach der Meinung des Ausschusses das schwedische Volk die Lasten in Höhe von 138 Mill. Kr. nicht tragen könne und die Annahme die Einschränkung wesentlicherer Staatsausgaben bedingen würde. Der Ausschuß betrachtet diese wie auch jede Militärorganisation als durch die jeweiligen Verhältnisse bedingt und somit als provisorisch. Gegenwärtig haben sich aber die militärpolitischen Verhältnisse Schwedens infolge des Kriegsausganges bedeutend gebessert, und es sei kein Grund vorhanden zur Annahme, daß in den nächsten Jahren wesentliche, für Schweden nachteilige Änderungen in der europäischen Mächtegruppierung eintreten würden. Zwar gäbe der Völkerbund keine ausreichende Sicherheit für die Aufrechterhaltung des Friedens, aber er habe doch schon sehr viel getan, um die Völker einander näherzubringen, und werde sicherlich in immer stärkerem Maße zum Beschützer des Friedens und der kleinen Nationen werden. Außerdem habe der Weltkrieg bewiesen, daß durch Rüstungen keineswegs eine friedliche Entwicklung gesichert sei.

Ueber die andern Vorschläge ist wenig zu berichten, immerhin sei der der Freisinnigen wegen seiner radikalen Vorschläge besonders genannt, zumal es ferner im Bereich der Möglichkeit liegt, daß die Sozialdemokraten diesen Vorschlag aus taktischen Gründen unterstützen werden. Ein Zusammengehen beider Parteien liegt nicht nur im Bereiche der Möglichkeit, weil der Unterschied zwischen den vorgeschlagenen Gesamtkosten nicht allzugroß ist, sondern auch, weil die Freisinnigen sich von denselben ideologischen und rationellen Erwägungen leiten lassen wie die Sozialisten. Ja, die Rechte wirft die Vorschläge beider Parteien in denselben Topf und bekämpft sie aufs schärfste. Die Argumentation der Rechten ist die allen Deutschen sattem bekannt.

Im schwedischen Reichstag hat die Diskussion über dies Problem eingesetzt und wird mit Heftigkeit, aber auch mit einer Objektivität geführt, die bei Behandlung ähnlicher Fragen in Deutschland wohl leider unmöglich wäre. Die Rechte stellt schon fest, daß aller Voraussicht nach ein Kompromiß zwischen den linksstehenden Bürgerlichen und Sozialdemokraten zustandekommen wird. Wie dem auch sei, der Stein ist in Schweden ins Rollen gekommen und die Arbeiter haben für den Wahlkampf im Herbst eine vortreffliche Parole, um die sich vielleicht die Mehrheit des Volkes schwören wird. Hier sei kein Loblied gesungen auf Branting und die schwedische Arbeiterklasse, sondern nur mit einem Gefühl des Stolzes und der Zufriedenheit ein Sieg der schwedischen Arbeiterklasse gebucht.

## Sozialdemokratie und Akademiker

I.

Von Albin Michel

Gerade mich als Nichtakademiker und als früheren Schüler einer zweiklassigen Dorfschule reizen die Ausführungen des Genossen Marx zu einer kurzen Entgegnung an. Ob in den oberen Regionen der Partei Akademiker zugunsten von Gewerkschaftsführern zurückgesetzt worden sind, wie Marx annimmt, weiß ich nicht; aber ich weiß bestimmt, daß in der großen Masse der Parteigenossen schon recht oft Klage darüber geführt worden ist, daß es den Akademikern in der Partei oftmals zu leicht gemacht wird, daß ihnen nicht selten Mandate und Vertrauensstellungen wichtiger Art geradezu auf dem Präsentierteller entgegengebracht werden. Nun sagt Genosse Marx selbst, daß sich nach der Revolution eine Menge ehrgeiziger Streber hervordrängt habe, die die Konjunktur ausnutzen wollten. Ja, mußte da nicht ein gewisses — berechtigtes — Mißtrauen entstehen? Das einzig Richtige kann selbstverständlich nur sein, daß jeder an den Platz gestellt wird, wo er seine Fähigkeiten am besten verwenden kann. Wem die Gabe der freien Rede nicht gegeben ist, der möge das Maul halten und nicht den Volktribunen spielen wollen, — auch nicht, wenn er Akademiker ist. Und wenn ein Akademiker zu einem wichtigen Posten die besseren Vorbedingungen mitbringt, so darf er nicht zurückgesetzt werden gegen einen andern, zu dessen Gunsten nur der Trumpf ausgespielt werden kann, daß er von der Pike auf gedient hat. Das sind Selbstverständlichkeiten, über die eigentlich eine Erörterung nicht lohnt.

Viel wichtiger erscheint mir, in der Akademikerfrage prinzipiell etwas einzudringen, und hier komme ich zu Marx in einen Gegensatz. Aus dem Marxschen Artikel spricht derselbe große Respekt vor dem Akademikertum, den ich — früher auch hatte. Unter einem Dr. juris utriusque, unter einem Doktor beider Rechte, stellte ich mir in meiner Sünden Maienblüte einen ganz außerordentlich gescheiterten Kerl vor. Aber ach, als ich nachher in meinem späteren Leben recht viele Doktoren der verschiedenen Fakultäten, beamtete und nichtbeamtete, kennen lernte, mußte ich bekennen, daß sich darunter massenhaft Dummköpfe allerersten Ranges befanden, und zwar Dummköpfe, nicht allein was Lebensauffassung, Dialektik, logisches Begreifen und Folgern, Kombinationsgabe usw., sondern auch, was ihren Wissensschatz anbetrifft. Bei vielen Akademikern kann man beinahe mit den Händen greifen, daß ihre Kenntnisse nur Dressur sind, daß sie nur erworben wurden, um das Examen zu bestehen, daß die Kenntnisse nie festgesehen haben und bald wieder verfliegen sind. Ich habe im vergangenen Sommer auf einer Reise einen Oberlehrer kennen gelernt, der — fast möchte ich es nicht hinschreiben, weil es mich als Lügner hinstellen könnte — das alte Kulturland Syrien, das Land der Phöniker, in — Afrika suchte. Das ist gewiß ein Ausnahmefall, der nicht verallgemeinert werden soll, aber auch auf andern Gebieten, in der Naturwissenschaft, Geschichte usw., findet man oft auch unter Akademikern ein krasses Ignorantentum.

Allzu deutlich merkt man vielen Akademikern an, daß sie ihren Doktor nur mit Hilfe von Einpaukern „gebaut“ haben. Mit ein wenig Uebertreibung könnte man sagen: Unter den Akademikern sind die Intellektuellen zahlenmäßig nicht stärker vertreten, als unter den Nichtakademikern. Daß der Akademiker im Durchschnitt mehr Kenntnisse hat als der Nichtakademiker, bedarf natürlich keiner Beweisführung. Aber man soll sich hüten, aus diesen über das allgemeine Durchschnittsmaß hinausgehenden Kenntnissen weitgehende Folgerungen zu ziehen. Kenntnisse allein nützen höchstens einem Kompilator, einem Tagelöhner

der Wissenschaft. Käme es nur auf Kenntnisse allein an, so müßten Führer immer die sein, die über die größte Gehirnregistratur verfügen.

Deshalb ist Marx auch in einem großen Irrtum befangen, wenn er meint, im Gegensatz zur proletarischen Masse seien unter den Akademikern weit mehr schöpferische Kräfte zu finden. Nein, schöpferische Leistungen, Leistungen ursprünglicher Art, werden aus der akademischen Masse nicht viel oder gar nicht häufiger entstehen, als aus der proletarischen. Wie wenige unserer unzähligen Geheimräte bis hinauf zu den Wirklichen Geheimräten haben schöpferische Leistungen aufzuweisen! Die meisten trotten ihre Bürozeit ab und bewegen sich in einem sehr engen Amts- und Gedankenzirkel. Ganz falsch ist es, wenn Marx annimmt, ein akademischer Bildungsgang prädestiniere ohne weiteres zur Tätigkeit in der Staatsverwaltung. Seine Bemerkung, daß auch die Staatsverwaltungstätigkeit ein Handwerk ist, ist richtig, aber das Handwerkliche, das Technische in der Verwaltungstätigkeit ist von einem einigermaßen intelligenten Menschen verhältnismäßig leicht zu lernen. Hier spreche ich aus einer achtjährigen Tätigkeit bei großen Behörden. Große originale Leistungen wird man weder von einem akademischen, noch von einem nichtakademischen Durchschnittsbeamten verlangen können. Nähere Ausführungen darüber habe ich bereits in meinem Aufsatz: „Ein ererbtes Leiden“ in Nr. 6 der „Glocke“ vom 8. Mai 1922 (unter dem Pseudonym Fritz Balder) gemacht. Jedenfalls ist so viel richtig: Nur die Zunft der alten Verwaltungsbeamten möchte die Verwaltungstätigkeit als eine Art Geheimwissenschaft betrachtet sehen.

Marx hat recht, wenn er die Isolierung der sozialistischen Minister gerade in der Uebergangszeit als einen schlimmen Schaden für die gesamte innere Entwicklung darstellt, aber er faßt die Frage zu eng, wenn er diese Isolierung der sozialistischen Minister nur als eine Folge der nicht genügenden Heranziehung von Akademikern auffaßt. Nicht weil die Zahl der republikanisch denkenden Akademiker in den Ministerien und in andern hohen Behörden zu gering war, entstanden die uns allen bekannten Mißstände, sondern weil die Republik die so oft versprochene Verwaltungsreform nicht durchgeführt hat, weil die alten wilhelminischen Beamten, ganz gleich ob Akademiker oder Nichtakademiker, meistens wirtschaften konnten, wie sie wollten. Zur Verwaltungstätigkeit ist selbstverständlich Intelligenz notwendig, ein Mindestmaß von Kenntnissen die erste Voraussetzung, aber es ist ein großer Trugschluß, anzunehmen, akademische Bildung, formale Kenntnisse allein genügen, um einen guten Verwaltungsbeamten vorzustellen.

Hoffentlich wird aus meinen Ausführungen niemand eine Antipathie gegen die Akademiker herauslesen. Eine solche liegt mir selbstverständlich vollkommen fern. Noch weniger aber denke ich daran, das Autodidaktentum zu lobpreisen, denn jeder Autodidakt lernt schließlich begreifen, welche bizarren Umwege und auch oft Irrwege hinter ihm liegen. Mir war es nur darum zu tun, darauf hinzuweisen, daß ein akademischer Grad noch kein Beweis von Führerqualitäten ist, ja nicht einmal ein Zeichen besonderer Intelligenz zu sein braucht. Am allerwenigsten ist aber der Besitz eines akademischen Grades und einer akademischen Vorbildung bereits ein Beweis praktischer Brauchbarkeit, nicht in der Politik, nicht in der Verwaltungstätigkeit und nicht im Organisationsleben.

## II.

### Von Stadtrat Bergner (Minden)

Staatsanwalt Marx hat in Nr. 8 der „Glocke“ in beachtenswerten Ausführungen zu dieser Frage Stellung genommen, die manchem Sozialdemokraten erneut Veranlassung sein dürften, Ueberlegungen darüber anzustellen. So alt die Parteigeschichte ist, so alt ist auch die

Akademikerfrage. Man lese die Berichte und Protokolle der Parteitagenach, da kann man sich vergewissern, wie jeweils mehr oder weniger dieser Punkt die Geister der Arbeiterpolitiker beschäftigt hat und welche Stellung Mehrheit und Minderheit zu ihm einnahm. Viele mögen heute der Meinung sein, die Akademikerfrage sei für die Sozialdemokratie heute eine historische Angelegenheit und keinesfalls mehr akut. Solche Auffassung dürfte völlig irrig sein und auch der Sache selbst in ihrer besonderen Bedeutung für die politische Bewegung nicht Rechnung tragen. Die Akademikerfrage ist seit Jahren zumindest akut geworden und ist es noch. Wieso? Nun, seit 1918 ist die Sozialdemokratie genötigt gewesen, sich unter höchster Aktivität an den Arbeiten der öffentlichen Körperschaften im Reich, Staat, Provinz, Gemeinden usw. zu beteiligen und je länger, je mehr. Nicht genug damit, daß hervorragende sozialdemokratische Parlamentarier Ministerien zu besetzen hatten, sondern auch in den staatlichen Verwaltungsbehörden usw. mußten Positionen besetzt werden, um eine einheitliche Staatspolitik der republikanischen Regierungen zu gewährleisten und zu ermöglichen. Hier wären zu nennen: Oberpräsident, Regierungspräsident, Landräte, Regierungsräte usw. Die Sozialdemokratie hatte niemals in ihren Reihen eine genügend große Anzahl Berufsbeamten, die sie ohne Bedenken in diese Stellungen hätte einweisen können. Intelligente Parteisekretäre, Gewerkschaftssekretäre oder Genossenschaftsbeamte mußten dafür einspringen mit mehr oder weniger gutem Erfolg. Indessen, nur wer den Betrieb einer Staatsbehörde von innen heraus genau kennt, weiß, wieviel Spielraum zu eigener Willensbildung und Durchsetzung eigener Auffassungen der Beamtenbürokratie bei aller politischen Tüchtigkeit des an der Spitze der fraglichen Behörde stehenden, aber nicht genügend fachlich geschulten und erfahrenen Sozialdemokraten oder auch Demokraten, verbleibt. Wer weiß, was es z. B. bedeutet, wenn neben einem sozialdemokratischen Regierungspräsidenten, der selbst in der Verwaltung noch neu ist, ein deutschnationaler Vizepräsident steht, der durch jahrzehntelange Schulung und Erfahrungen in höchstem Ausmaß routiniert worden ist und alle Praktiken kennt, wird nur zustimmend zu dem oben Gesagten sich verhalten können. Der Spezialist ist dem Unerfahrenen ohne Zweifel mit ungeheurem Vorsprung überlegen. Fragen wir Minister Severing, der als Chef der preußischen Verwaltung reiche Erfahrungen auch auf diesem Gebiet gesammelt haben wird. In allem, was Staatsanwalt Marx über das Fehlen des Berufsbeamtentums, ohne das wir nun einmal in der modernen Verwaltung nicht auskommen, sagt, hat er ohne Frage nicht geirrt.

Die Forderung der Demokratisierung der Verwaltung ist mit Recht immer wieder erhoben worden, und man hat auch den Versuch gemacht, ihr nachzukommen, indem in der Hauptsache die Spitzenpositionen demokratisiert wurden. Damit ist jedoch nur halbe Arbeit getan, und die wichtigste hingegen, nämlich den von den Hochschulen usw. nachrückenden jungen Nachwuchs des Berufsbeamtentums für die sozialdemokratischen Ideen und Politik zu interessieren, sie im Bestreben, in die öffentliche Verwaltung hineinzugelangen und sie darin zu fördern, hat man unterlassen. Denn, wo sind die jungen sozialdemokratischen Referendare, Assessoren, Staatswissenschaftler usw.? Sie sind nicht da, oder ihre Zahl ist gering!

Es gab eine Zeit, da war in den Reihen der Studentenschaft in Deutschland für die Idee des Sozialismus, für die Sozialdemokratie ein fruchtbarer Boden vorhanden. Die Studenten, die aus dem Weltkrieg heimkehrten, um erneut ihr Studium aufzunehmen, hatten schwere seelische Erschütterungen durchgemacht und waren bereit, mit dem Alten zu brechen und sich mit der Weltanschauung des Sozialismus

und der Sozialdemokratie zu befreunden. Vielerorts bildeten sich sozialistische Soldatenbünde und spielten an den Hochschulen eine Zeitlang eine ganz hervorragende Rolle. Allein das Mißtrauen, teilweise sogar die schroffe Ablehnung, die diesen jungen Akademikern bei Annäherungsversuchen an die Partei vielfach von dieser zuteil wurde, wirkte sich bald zersetzend aus, die Hochschulreaktion setzte mit ganzer Wucht ein und heute sind die sozialistischen Studenten eine verschwindende Minderheit an allen Hochschulen geworden. Und dabei waren es nicht die schlechtesten Studenten in bezug auf geistige Qualitäten, die damals versuchten, sich der Arbeiterschaft zu nähern. Leute, die ihre Examina mit I oder II gemacht und sich nach ehrlichem Kampfe zum Sozialismus durchgerungen hatten, mußten jahrelang auf eine Beschäftigung warten und schließlich, weil sie ohne jede Unterstützung blieben, sich als Syndizi bei Handelskammern, Handwerkskammern und sonst in der Industrie betätigen. Mit blutendem Herzen und unter schweren seelischen Konflikten selbstredend und nur, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse zu solchem Schritt mit Unerbittlichkeit zwangen.

Wer um diese Verhältnisse weiß, wird bestätigen können, daß auf diese Weise der Sozialdemokratie viel Intelligenz verloren ging. Die Unterlassungssünde ist groß, und viel Versäumtes ist nachzuholen. Es muß die Partei besondere Einrichtungen schaffen, die sich die Propaganda unter den Studenten und Jungakademikern zur speziellen Aufgabe macht.

Es wäre ungerecht geurteilt, wenn man behaupten wollte, daß alle Schuld an diesem Zustande bei der Partei selbst läge. Vielfach liegt die Schuld auch auf der andern Seite. Wer später führen will, muß zunächst erst gehorchen lernen, wer gebieten will, muß zuerst selbst gedient haben, und wer groß werden will, muß klein anfangen. Wie mancher Student, der zur Sozialdemokratie kam, ist durch Außerachtlassen dieser doch nicht allzu fern liegenden Klugheiten im weiteren Verlaufe seiner politischen Betätigung gescheitert. Wie viele hielten sich sofort für befähigt, Führer zu sein, und kannten doch nicht die elementarsten Begriffe praktischer Politik; wie viele sahen mit Verachtung auf die organisatorische Kleinarbeit herab, entzogen sich ihr und wußten nicht um die fundamentale Bedeutung dieser Verrichtung für eine Millionenbewegung. Gar oft in der Diskussion entbrannte zwischen Jungakademikern und Arbeitern bitterer Streit, weil die Art des Ausdrucks und die Manier, sich in reichlich abstrakten Redewendungen zu gefallen, von letzteren unverständlich blieben oder zu irrigen Vorstellungen Veranlassung gaben. Hier zeigt sich recht deutlich, wie stark die Verbindung der Wissenschaft mit der Arbeiterschaft gelitten hat, wenn schon die Ausdrucksweise des angehenden Wissenschaftlers und seine Denkergebnisse unverstanden im Volke bleiben. Sehen wir dies ein und wollen wir eine Verbesserung der Verhältnisse, so muß um so intensiver an einer zunehmenden Durchsetzung unserer politischen Bewegung mit Akademikern gearbeitet werden.

Es handelt sich hier um eine Vertrauensfrage auf der einen und um eine Frage der Selbstzucht und Selbsterziehung auf der andern Seite. Für die Sozialdemokratie ist es eine Lebensaufgabe, ihre geistigen Kräfte zu steigern und wachsen zu lassen, aus sich heraus und durch Aufnahme geistiger Elemente von außen. Ueberwunden werden muß das Vorurteil, trotz mannigfacher trüber Erfahrungen, daß ein Intellektueller ein unsicherer Gast sei. Gewiß, in der Vereinzelung mag ein geistig Eingestellter, der von Zweifeln leichter durchwühlt wird als ein anderer Mensch, wohl schwankend werden, aber stärker festigen wird ihn das Bewußtsein, die Solidarität der Arbeiterschaft hinter sich zu wissen.

## Die Ernsthaftigkeit des französischen Friedenswillens

Von Dr. Otto Grautoff

Breitscheids Aufsatz über „Das andere Frankreich“ hat über die Kreise der Sozialdemokratischen Partei hinaus Aufsehen erregt. Manch Unentwegter hat gewiß die Achseln gezuckt: Paris, gesehen durch die Brille eines pazifistischen Sozialdemokraten.

Auch ich war in Frankreich. Dem politischen Leben fernstehend, wissenschaftliche Ziele verfolgend, bin ich ganz andere Wege gegangen als Breitscheid. Ich habe, wie 1920, das gelehrte, schriftstellernde, malende, bildhauende, das bücherschreibende und büchervertreibende Frankreich besucht. Nach meiner ersten Nachkriegsreise faßte ich meine Eindrücke in einem Buche zusammen: „Die Maske und das Gesicht Frankreichs“, das drüben lebhaft diskutiert worden ist. Es war den Franzosen keineswegs angenehm, daß ein Deutscher aus französischen Büchern, Zeitschriften und Zeitungen die nationalistische, imperialistische und militaristische Gesinnung der Intellektuellen Frankreichs zwischen 1910 und 1920 herausgeschält hatte. Wären die Franzosen nun nichts anderes als eitle, hochmütige Sadisten, so würde ich ganz gewiß niemals mehr höflich empfangen worden sein. Das Gegenteil war der Fall. Ich glaube, das hat mehr allgemeine als persönliche Bedeutung. Deshalb habe ich es erzählt. Wenn man nach Frankreich reisenden Sozialdemokraten entgegenhält, daß sie das Land durch ihre parteipolitische Brille betrachten, so kann man von einem Philologen, der ein scharfes Buch mit entschiedenen Thesen gegen Frankreich geschrieben hat, sagen, daß auch er eine Brille trägt. Meine wissenschaftliche Eitelkeit, von der kein Philologe frei ist, wurde enttäuscht. Ich habe kein neues Material nach Hause getragen, um meine Beweisführung erweitern zu können. Der Mensch in mir aber hat sich nicht nur gefreut, er hat gejubelt, daß das Frankreich von 1924 nicht mehr das Frankreich von 1920 ist. Schon vor vier Jahren entdeckte ich unter der nationalistischen Hauptstimmung die ersten Keime eines neuen Europäertums, die ich in meinem Buche keineswegs unterschlagen habe. Diese Keime sind aufgegangen. Die inzwischen aus den Gymnasien in die Universitäten aufgerückte Jugend ist nicht mehr militaristisch und auch nicht pazifistisch eingestellt; sie ist europäisch gesinnt. Was sie wünscht, erstrebt und zu erkämpfen gewillt ist: eine Zusammenarbeit mit Deutschland zur Rettung und zum Wiederaufbau der europäischen Kultur. Diese Einstellung auf Europa findet man nicht nur in Paris, sondern auch in der Provinz, in Rouen sowohl wie in Lyon, in Nantes wie in Aix. So ehrenvoll es ist, von solchen Eindrücken in einem sozialdemokratischen Organ berichten zu dürfen, so töricht, so unpolitisch, so uneuropäisch ist es, daß es nicht möglich ist, von solchen Erlebnissen in Organen der deutschen Rechten berichten zu können. Wie würde man in Frankreich aufatmen, wenn auch einmal in einer Zeitung der Rechten sachliche, ruhige, aufrichtige Berichte über die Stimmung im Volke und in der Provinz erscheinen würden. Der Haß ist abgebaut im ganzen Lande. Man könnte Breitscheids Eindrücke noch viele Seiten lang variieren. Auch er hat ganz bestimmt nicht durch eine Brille gesehen, hat nicht einzelne Eindrücke verallgemeinert, sondern aus allgemeinen Eindrücken Symptomatisches herausgehoben. Es gibt keinen Kampf mehr gegen die deutsche Sprache, gegen die deutsche Wissenschaft und gegen die deutsche Kultur. Der deutsche Unterricht ist in allen Schulen und in allen Universitäten in vollem Umfang wieder aufgenommen. Das Interesse für deutsche Literatur ist lebhaft. Werke von Schickele, Schnitzler und Thomas Mann

werden übersetzt. Unruhs Kopf hängt auf der Ankündigung der französischen Uebertragung seines „Opferganges“ in vielen Schaufenstern. In der Ecole normale supérieure hat sich eine „Gruppe für internationale Information“ gebildet, in der vor den Studenten bereits mehrere Deutsche gesprochen haben. In Lille ist von jeher das Studium des Deutschen intensiv betrieben worden. Der vortreffliche Germanist F. Piquet bemüht sich auch jetzt aufs eifrigste, Verständnis für den deutschen Geist zu wecken. Vermeil in Straßburg, Dresch in Toulouse, Pitrou in Bordeaux sind durch die von Piquet herausgegebene revue germanique gesinnungsmäßig mit dem Liller Zentrum verbunden. Wer den Huldigungsband durchblättert, den die französischen Germanisten ihrem Lehrer Charles Andler zum sechzigjährigen Geburtstag gewidmet haben, wird an dem Ernst, mit dem alle deutschen Probleme in Frankreich behandelt werden, nicht mehr zweifeln. Von der älteren Generation hat neben Andler Henri Lichtenberger das größte Verdienst an dem Abbau des Hasses und der Hebung des Verständigungswillens. Sein vor wenigen Tagen erschienen Buch „Deutschland und Frankreich“ läßt beste Absichten erkennen. Er hat die Aufgabe unternommen, die ihm in Deutschland und Frankreich kein Parteipolitiker danken wird: das deutsch-französische Problem von der Vorkriegszeit an doppelseitig zu beleuchten, dem französischen den deutschen Standpunkt gegenüberzustellen. Von den ersten Sätzen an wird man durch den ethischen Ernst des Verfassers gepackt. Er kämpft, er ringt um Objektivität, um Gerechtigkeit. Gewiß, auch er ist nur ein Mensch, und wie wir alle von relativer Objektivität, aber ganz ist er durchglüht vom Willen zum Ausgleich, zum Frieden, zum Aufbau eines deutsch-französischen Einvernehmens, und mit Befriedigung spürt der Deutsche, in der Lektüre fortschreitend, daß er, je schwerer die Probleme für Deutschland werden, desto mehr Verständnis für Deutschland sich abringt. Sein Buch hat schon in Frankreich gewirkt, wirkt noch. Er und sein Kreis gaben dem Vortrag, den vor mehreren Wochen Victor Basch in der Sorbonne gehalten hat, die Färbung; auch Basch maß die Schuld für die Rechtsschwenkung Deutschlands dem Vertrag von Versailles, der Rhein- und Ruhrbesetzung zu. Immer allgemeiner wird die Einsicht in ganz Frankreich, daß die bisherige Haltung Deutschland gegenüber abgeändert werden muß, wenn Europa vor einer neuen Katastrophe gerettet werden soll. Und gerade in diesem Augenblick, in dem es in Frankreich dämmert, ballt sich die dunkelste Nacht über Deutschland zusammen. Demagogen ziehen im Lande umher, peitschen den Haß gegen den Nachbarn auf und rufen, bar jedes Verstandes, zu unvernünftigen Abenteuern auf. Gewiß, noch lastet der harte Druck des militaristischen Frankreichs auf uns; gewiß, noch martern französische Offiziere die Rhein- und Ruhrbevölkerung; vielleicht im Augenblick besonders hart und grausam. Das ist die Reaktion des französischen Wahlergebnisses. Die klerikalen Offiziere, das verpreußte Kriegsministerium in Paris sträubt sich, das Wahlergebnis anzuerkennen. „Nun gerade!“ ruft es dem Linksblock entgegen. Wartet doch wenigstens, Deutsche, bis die innere Krise sich drüben vollzogen hat, bis es sich herausgestellt hat, ob der Dreyfus-Geist oder die Anti-Dreyfusards siegen, und verrennt euch wenigstens nicht zu früh in nie wieder gutzumachenden Wahnsinn. Reißt euch zusammen, schwingt euch auf zu einem freien und offenen Bekenntnis zur Republik! Ich bin zwischen Cherbourg und Marseille in zwanzig Städten und Dörfern Frankreichs gewesen, und überall, hinter der militärischen und politischen Poincaré-Front, hat man mir versichert: „Wir haben die Dreyfus-Krise erlebt. Der demokratische Geist dieser Zeit ist noch lebendig. Niemals mehr werden wir dulden, daß ein Generalstab uns die Politik vorschreibt. Ein Deutschland, das sich zur Demokratie bekennt, kann dessen gewiß sein.“

## Der Baugeist der neuen Volksgemeinde

Von Walter Gropius (Weimar)

Der in Nr. 6 der „Glocke“ erschienene Aufsatz „Architekturentwicklung“ von Paul Westheim beschäftigte sich auch mit dem Weimarer Bauhaus. Dessen Leiter, der Architekt Walter Gropius, hat gegen Westheim etliche Einwände zu erheben und sendet uns den nachstehenden, auch unabhängigen von solcher Kontroverse sehr interessanten Beitrag.

Die kulturelle Zersetzung der vergangenen Epochen brachte eine fortschreitende Vereinsamung der schöpferisch begabten Individuen. Es fehlte die einheitliche Resonanz der Gesamtheit, die die Vorbedingung für umfassende Geister ist, sich verständlich zu machen. Unendliche Fülle spezieller Leistungen, aber ohne allgemein gültigen geistigen Sammelpunkt, der die Vielheit der Erscheinungen erst zur Einheit zusammenschließt! Die Werkwelt, beherrscht von Zahl und Macht, entblutet vom künstlerischen Geist, die Kunst ein lösgelöster Begriff ohne Verbindung zum Leben, ein „Luxus“ in den Augen der Masse! Wirtschaft und Maschine ein Selbstzweck, anstatt Mittel, die Geisteskräfte zunehmend von mechanischer Arbeit zu befreien! Aber die wieder aufdämmende Erkenntnis des Zusammenhanges aller Dinge und Erscheinungen hat den Willen zur Umstellung auf einheitliche Lebensauffassung gestärkt. Die Künstler warfen die vereinsamenden Schranken um und begannen in die Werkwelt einzubrechen. Aber nicht nur die äußeren Hemmnisse verzögerten diesen Wiederverschmelzungsprozeß, sondern die eigenen Irrtümer in der Vorstellung von ihrer Aufgabe. — Die sentimentale Idee des „Kunstgewerbes“, die Dinge durch formale Zutaten „schön“ zu gestalten, verbreitete sich wie eine ansteckende Krankheit. Die gesamte gestaltete Welt vom einfachsten Gebrauchsding des täglichen Lebens bis zum monumentalen Bau wurde von ihr befallen; nicht einmal die nüchterne Technik widerstand ihr. Akademien, Kunstgewerbeschulen, Bauschulen, technische Schulen lehrten um die Wette das „Schmücken“! Zuerst ein Behängen des Dinges mit Schmuckformen, dann wurde die Schönheit des Materials wieder entdeckt und das schmückende Ornament durch kostbare Materialauflagen ersetzt, aber die Verbindung blieb eine äußerliche, nicht aus dem inneren Sinn des Dinges geborene, auf die es allein ankommt. Auch der Gedanke der „neuen Form“ brachte keine endgültige Gesundung. Die Absicht, verschiedene Dinge durch Wiederholung gleicher Formelemente und gleicher Materialteile „zusammenzustimmen“, ohne auf den tiefsten Urgrund des Dinges und des menschlichen Geistes, der es ordnet, zurückzugehen, mußte zum Formalismus führen. Hier liegt die Wurzel zu allen „Ismen“ unserer Zeit und zu ihrer beschränkten Dauer. Aber diese Entwicklung nähert sich ihrem Ende, Ismen und Kunstgewerbe stehen vor ihrem Begräbnis und die ersten Zeichen einer neuen Gestaltungseinheit, aus dem Kern der Dinge entstehend, werden erkennbar. Auch die Bewegung gegen den Formalismus — „Zweckschönheit“, „Ingenieurästhetik“ — begibt sich ihrer beschränkten Einseitigkeit, und eine neue wesenhafte Baugesinnung entfaltet sich. Die Erkenntnis, daß lebendiger Baugeist im ganzen Volke wurzeln und alle Gebiete menschlicher Gestaltung, alle „Künste“ und Techniken in seinem Bereich umschließen, also im Bau beginnen und enden muß, bricht sich

wieder Bahn. Das Bauen war in der letzten Vergangenheit aus solcher allumfassenden Gestaltungskunst zu einem Studium herabgesunken; aus dem Trümmerberg dieses Formalismus lösen sich erst langsam die neuen Elemente zum neuen Aufbau. Denn die Entwicklung der neuen Baugestalt ist gebunden an den ungeheuren Aufwand technischer und stofflicher Mittel und folgt daher nur schrittweise der vorauseilenden Idee. Aber die klare Fassung der Idee ist Vorbedingung zu einem konsequenten Schaffen: Kunst und Technik eine neue Einheit!

Technik braucht zwar nicht Kunst, aber Kunst braucht sehr wohl Technik. Beide sind ihrem Wesen nach verschieden, aber ihr gemeinsamer Schaffensgrund — Gebundenheit an Stoff und Raum — muß von denen, die den neuen Baugedanken aufsuchten und ihn durchführen wollen, wieder aufgedeckt und erforscht werden.

Ein Ding ist bestimmt durch sein Wesen. Um ein Ding so zu gestalten, daß es richtig funktioniert — ein Gefäß, ein Stuhl, ein Haus —, müssen wir sein Wesen vorerst erforscht haben. Die Wesensforschung ist nicht nur an die Gesetze der Mechanik, Statik, Optik, Akustik gebunden, sondern auch an die Gesetze der Proportion. Die Proportion ist eine Angelegenheit der geistigen Welt, Stoff und Konstruktion erscheinen als ihre Träger. Die Proportion, gebunden an die Funktion des Dinges, sagt über sein Wesen aus, ja es gibt ihm die Spannung, das eigene geistige Leben über seinen Nützlichkeitswert hinaus. Zwischen einer Vielheit gleichmäßig ökonomischer Lösungsmöglichkeiten — denn es gibt nicht nur jeweilig eine für jedes Problem — wählt das schaffende Individuum innerhalb der Grenzen, die ihm seine Zeit steckt, nach seinem persönlichen Empfinden und Geschmack die ihm gemäße aus; das Kunstwerk trägt infolgedessen die Handschrift seines Schöpfers. Aber es ist irrig, daraus die Notwendigkeit zur Betonung des Individuellen um jeden Preis zu folgern. Im Gegenteil setzt die Entwicklung eines einheitlichen Weltbildes den Drang einer Zeit voraus, die geistigen Werte aus individueller Beschränkung zu befreien und zu objektiver Geltung emporzuheben, dann folgt die Vereinheitlichung der materiellen Welt von selbst nach. Also erst der bewußte Wille, das Persönliche zu objektivieren, gibt die Voraussetzung zu einheitlichem Schaffen.

Alle bildnerische Arbeit will Raum gestalten. Soll aber jedes Teilwerk in Beziehung zu einer größeren Einheit stehen — das Ziel des neuen Bauwillens —, so müssen die realen und geistigen Mittel zur räumlichen Gestaltung von allen am gemeinsamen Werk Vereinten gekannt und gewußt werden. Wer bildet und baut, muß über die technische und werkliche Bildung hinaus eine besondere Gestaltungssprache lernen, um seine Vorstellungen nutzbar machen zu können. Die Elemente der Formen und Farben entsprechen den Lauten, deren Aufbaugesetze der Grammatik einer Sprache. Der Verstand muß sie kennen und die bauende Hand leiten, damit ein schöpferischer Gedanke erst sinnfällig werde. Der Musiker, der einen musikalischen Einfall seines inneren Gehörs objektiv hörbar machen will, braucht zu dessen Darstellung außer dem Instrument die Kenntnis des sogenannten Kontrapunktes, der gesetzmäßigen Lehre vom Aufbau der Töne, die zwar wandelbar, aber überindividuell ist. Ohne ihre Beherrschung bleibt der Einfall im Chaos stecken. Denn die Freiheit des Schaffens

beruht nicht auf der Grenzenlosigkeit der Ausdrucks- und Gestaltungsmittel, sondern auf freier Bewegung innerhalb ihrer strengen gesetzmäßigen Begrenzung (z. B. das wohltemperierte Klavier). Was für den Musiker auch heute noch selbstverständliche Voraussetzung seines Schaffens ist, die Kenntnis der Theorie, muß für den bildnerisch arbeitenden Menschen erst wieder gefunden werden. Die Akademie, deren Aufgabe es gewesen wäre, sie zu pflegen und sie zu entwickeln, versagte, da sie die Bindung mit der Wirklichkeit verlor. Diese Theorie ist nicht Rezept für Kunstwerke, sondern sie ist das wichtigste objektive Mittel zur kollektiven Gestaltungsarbeit, sie bereitet die gemeinsame Grundlage, auf der eine Vielheit von Individualitäten eine höhere Werkeinheit zusammen zu erschaffen vermag; sie ist nicht das Werk von einzelnen, sondern von Generationen.

Formen und Farben gewinnen ihre Bedeutung im Werk erst durch die Beziehung zu unserm inneren menschlichen Wesen; sie sind einzeln oder in ihren Beziehungen zueinander Ausdrucksmittel verschiedener Erregungen und Bewegungen, sie bestehen also nicht an sich. Rot z. B. löst andere Empfindungen in uns aus als Blau oder Gelb, runde Formen sprechen uns anders an als spitze oder zackige. Diese Grundelemente sind die Laute, aus denen sich die Grammatik des Gestaltens aufbaut, ihre Regeln des Rhythmus, der Proportion, des Hell-Dunkels, des Gleichgewichts, des vollen und leeren Raums. Laute und Grammatik sind erlernbar, aber das Wichtigste, das organische Leben des erschaffenen Werkes, entstammt der ursprünglichen Schöpferkraft des Individuums, das sich innerhalb jener objektiven Gesetze noch seine eigenen Mittel zur Komposition sucht und schafft. Dieser lebendige Kompaß muß ewig entscheidend bleiben. Denn die Sehnsucht nach Exaktheit und Einheit trägt für die Schwachen die Gefahr einer toten Ordnung in sich. Der Geist erstickt am Mechanistischen und an seinem Zeichen, der Zahl, wenn er nicht beständig aus der Quelle des Unbewußten getrankt wird! Vor solchem Abirren rettet nur eine breite Lebensgrundlage, eine echte Bildung des ganzen Menschen, unabhängig von seinen speziellen Begabungen, nicht die Schulung des Kopfes allein. Handwerk und Kopfwerk in ständiger Wechselbeziehung, so allumfassend und so lange wie möglich in starker geistiger Umgebung zu treiben, ist das Mittel für den einzelnen Menschen, sich vor Einseitigkeit und Verflachung zu schützen, sich innerlich zu weiten und selbständig zu werden. Von dem richtigen Gleichgewicht der Arbeit aller schöpferischen Organe hängt die Leistung des Menschen ab. Es genügt also nicht, das eine oder andere zu schulen, sondern alles zugleich bedarf der gründlichen Bildung. Zuerst der ganze Mensch, dann erst so spät wie möglich — die Spezialisierung! Die Fülle der Tätigkeiten und Wissenschaften verlangt den Spezialisten, aber erst eine gemeinsame, vielseitige Könnens- und Wissensgrundlage des einzelnen ermöglicht das Zusammenarbeiten der Spezialisten am gemeinsamen Werk, gibt diesem die geistige Einheit und verhütet den Zerfall im Speziellen. Die Grundbildung, die menschliche, ist wichtiger als die Spezialbildung, die fachliche.

Die Disziplinen der Vorbildung sind nur Mittel zum Zweck, also auch das Handwerk. Handwerk ist ein unschätzbare Mittel, den werdenden Menschen zu harmonisieren, aber das Handwerk der Ver-

gangenheit existiert nicht mehr. Es entspricht dem menschlichen Geiste, das Werkzeug zur Arbeit immer weiter zu vervollkommen und zu verfeinern, um die materielle Arbeit zu mechanisieren und die geistige mehr und mehr zu entlasten. Eine bewußte Rückkehr zum alten Handwerk wäre daher ein atavistischer Irrtum. Handwerk und Industrie von heute sind in ständiger Annäherung begriffen und müssen allmählich ineinander aufgehen zu einer neuen Werkeinheit, die jedem Individuum den Sinn der Mitarbeit am Ganzen und damit den spontanen Willen zu ihr wiedergibt. Das ist bedingungslose Voraussetzung für gemeinschaftliche Aufbauarbeit. Das Handwerk der Zukunft wird in dieser Werkeinheit das Versuchsfeld für die industrielle Produktion bedeuten; eine spekulative Versuchsarbeit wird die Normen schaffen für die praktische Durchführung, die Produktion in der Industrie. Der Handwerktreibende muß dies wissen, damit er nicht in Eigenbrödelei verfällt. Für jeden, der gestalten und bauen will, ist die handwerkliche Vorbildung unentbehrlich, sie stärkt nicht nur seine unmittelbare räumliche Vorstellungskraft, sondern stellt auch eine unbewußte Beziehung seines Wesens mit den Stoffen und Gesetzen der Natur her, sie verwurzelt sein ganzes Schaffen im Elementaren; die Technik wird ihm nun ihrem Wesen nach vertraut und er verliert sich nicht in Theorie und Rechnung.

So vorgebildete Menschen sind reif zur fruchtbaren Mitarbeit am neuen Bau, sie werden nicht mehr dem Ungeist des Kunstgewerbes erliegen. Unter diesem war die Kunst des Bauens in einer schwächlich sentimental-ästhetisch-dekorativen Auffassung ganz ertrunken, die ihr Ziel in formalistischer Verwendung von Motiven, Ornamenten und Profilen erblickte, die den Baukörper bedeckten. Der Gegenstand oder der Bau wurde ein Träger äußerlicher, toter Schmuckformen, anstatt ein lebendiger Organismus zu sein. Die natürliche Verbindung mit der fortschreitenden Technik, mit den neuen Materialien und neuen Konstruktionen ging naturgemäß in diesem Niedergang verloren, der Architekt, der Künstler, der Kunstgewerbler blieb im akademischen Aesthetentum hängen, ward müde und konventionsbefangen und die Gestaltung der Behausung und der Städte entglitt ihm. Dieses Bauen lehnen wir Träger der neuen Baugesinnung ab. Wir wollen den klaren organischen Bauleib schaffen, nackt und strahlend aus innerem Gesetz heraus ohne Lügen und Verspieltheiten, der unsere Welt der Maschinen, Drähte und Schnellfahrzeuge bejaht, der seinen Sinn und Zweck aus sich selbst heraus durch die Spannung seiner Baumassen zueinander funktionell verdeutlicht und alles Entbehrliche abstößt, das die absolute Gestalt des Baues verschleiert. Und alle Dinge der Umwelt sollen den gleichen Geist ausstrahlen! Der neue Baugeist bedeutet: Ueberwindung der Trägheit, Ausgleich der Gegensätze! Die Gebundenheit aller gestalteten Organismen an Industrie und Wirtschaft, an ihre Exaktheit und knappe Ausnutzung von Raum und Materie wird schließlich auch die Gestalt der größten Baueinheit, der Stadt, bestimmen. Jeder Bauende muß ihren Sinn begreifen, um an ihrer Werdung mitzuwirken, und muß die bestimmenden Faktoren für ihre Gesichtsbildung erkennen: Einfachheit im Vielfachen, Beschränkung auf typische Grundformen und ihre Reihung und Wiederholung, Gliederung aller Baueinheiten nach den Funktionen der Baukörper, der Straßen und der Verkehrsmittel. Solchen Gestaltungsgeist können nur Menschen

in sich tragen, die, auf breitem Bildungsfundament stehend, die Welt, in der sie leben, recht erkennen und aus der Verbindung ihrer Erkenntnisse und ihres erworbenen Könnens heraus diese Welt versinnbildlichende und darum typische Gebilde ersinnen und gestalten. Wer Wesentliches zur neuen Baukultur beitragen will, muß notwendig zuerst eine persönliche Lebenskultur in sich entwickelt haben. Sie ist entscheidend! Nicht nur Können und Wissen, sondern Enteielerung und Zucht halten befähigen erst eine Mehrheit von Individuen zu gemeinsamer Stoßkraft. Jede lebendige Form ist immer Ausdruck eines inneren Resultats. Nicht nur die gedachte, sondern auch die gelebte Objektivierung, d. h. Ich-Ueberwindung, muß der Gestaltung vorausgehen, damit das Produkt mehr als persönliche Geltung gewinnt.

## WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

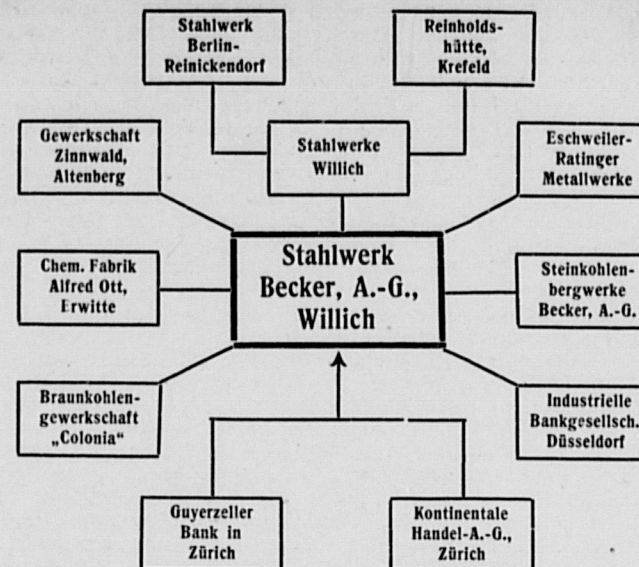
**Die Geschäftsaufsicht und die Regierung** Die Geschäftsaufsicht steht im Feuer einer herben Kritik. Sie hat ein zähes Leben und die schwersten Geschütze müssen aufgeföhren werden, um ihr das Lebenslicht auszublasen. Man soll es eigentlich für unmöglich halten, daß ein so reines Kriegsprodukt, wie das Gesetz über die Geschäftsaufsicht, ein Alter von beinahe 10 Jahren erreichen könnte. In den Anfangstagen des Krieges wurde eine Verordnung erlassen, die die „Anordnung einer Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens“ vorsah. Man glaubte in jener Zeit, zur Schaffung solcher Notgesetze greifen zu müssen, um das Zusammenbrechen der Geschäfte zu verhüten und den durch den Krieg in Not geratenen Geschäftsinhabern einen Schutz zu gewähren. Hartnäckig versuchte man, dem Ausland einen äußerst günstigen Stand der deutschen Wirtschaft im Kriege vorzutäuschen, weshalb man auch von dem Erlaß eines allgemeinen Moratoriums absah. Die Verordnung über die Geschäftsaufsicht sollte wahrscheinlich als ein Ersatz des Moratoriums gelten. — Inzwischen ist eine große Zeitspanne verflossen, der Krieg ging zu Ende, eine Revolution kam und verschwand, die Inflation rüttelte und schüttelte die Wirtschaft und kehrte das Unterste zu oberst — trotz allem: die Geschäftsaufsicht überstand alle Phasen der Wirtschaftsgestaltung des letzten Jahrzehnts. Mittlerweile entwickelte sie sich aber zu einer Zelle der Korruption. Sie wurde zu einem sicheren Unterschlupf dunkler Existenzen, beliebig anwendbar, um die Gläubiger hinters Licht zu führen oder Forderungen unter einem bequemen Vorwand abzuwenden. Ehe der vom Gericht bestellte Aufsichtführende sich durchgearbeitet hatte, um zu einem klaren Urteil fähig zu sein, vergingen Monate, ja Jahre. In dieser Zeit konnte sich manches ändern, eine Spekulation, die in der Inflationszeit immer wirksam war. In der letzten Zeit war der Unfug mit der Geschäftsaufsicht so weit gediehen, daß keine Firma ein Geschäft abschließen konnte, ohne nicht mit der Möglichkeit rechnen zu müssen, daß der Partner plötzlich im Dunkel der Geschäftsaufsicht von der Bildfläche verschwand. Es war deshalb nur zu verständlich, daß namhafte Kreise der Industrie und des Handels sich gegen die Handhabung der Geschäftsaufsicht aussprachen. Reformvorschläge der verschiedensten Art tauchten auf, um einen verstärkten Gläubigerschutz gesetzlich zu gewährleisten. Es würde zu weit führen, hier auf die Vorschläge im einzelnen einzugehen, die von Handelskammern, Produzentenvereinigungen usw. gemacht wurden. In der letzten Monatsversammlung der Reichsbank vom 30. Mai wurde die Ansicht des Reichs-

bankdirektoriums und des Zentralausschusses über die Geschäftsaufsicht folgendermaßen formuliert: „Die Politik der Reichsbank ist in den letzten Wochen durchkreuzt worden durch die völlig mißbräuchliche Anwendung der sogenannten Geschäftsaufsicht. Die Wechselschuldner der Reichsbank benutzen die Möglichkeit der oft in kritikloser und unwirtschaftlicher Weise zugebilligten Geschäftsaufsicht dazu, um der Reichsbank Zugeständnisse bei der Rückzahlung von Schulden abzupressen. Alle Bemühungen, Kredite zu liquidieren und Warenbestände abzubauen, werden durch die Einführung der Geschäftsaufsicht als Massenerscheinung sabotiert, um den Schuldnern zum Schaden ihrer Gläubiger und der Allgemeinheit das Durchhalten von Waren- und Devisenbeständen zu ermöglichen. Das Reichsbankdirektorium hat sich deshalb an die zuständigen Regierungsstellen gewandt mit dem dringenden Ersuchen, die Geschäftsaufsicht zu beseitigen, einer Forderung, der auch im Interesse der Aufrechterhaltung des Vertrauens in- und ausländischer Kreditgeber hoffentlich mit der nötigen Beschleunigung Rechnung getragen wird.“ Ein offenes Wort, mit dem nötigen Nachdruck ausgesprochen, in letzter Stunde! Bei der Geltung, die diese Körperschaften unseres Zentralnoteninstituts haben, wird die Regierung nicht mehr länger zögern dürfen, um ganze Arbeit zu machen. Drei Tage vor der Sitzung des Reichsbankdirektoriums und des Zentralausschusses hatten Vertreter des Reichswirtschafts- und Reichsjustizministeriums in Verhandlungen mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft nur Milderungen in Aussicht stellen zu dürfen geglaubt. Nachdem nunmehr die Reichsbank durch ihre Organe nachdrücklich die vollständige Beseitigung der Geschäftsordnung gefordert, dürfte die Zeit nicht mehr fern sein, wo das Kriegsprodukt Geschäftsaufsicht im Orkus verschwindet. Der Sturmwind der Krise wird dann allerdings furchtbare Verheerungen anrichten, aber ein ehernes Muß erfordert ein solches Vorgehen. Je früher die Bereinigung der Wirtschaft in all ihren Teilen stattfindet, je eher kann der Weg nach aufwärts beschrritten werden. Die Existenz der Arbeiterschaft entbehrt jeden gesetzlichen Schutzes, warum sollen wankende Geschäfte ihn allein genießen?

#### Die Ueberfremdung des Stahlwerks Becker

Bereits im vorletzten Heft der „Glocke“ machten wir auf die Möglichkeit der Ueberfremdung aufmerksam, die aus den finanziellen Schwierigkeiten des Stahlwerks Becker entstehen könnte. Die Druckerschwärze war kaum trocken, als die Meldung durch die Presse ging, daß die schon länger bestehende schweizerische Beteiligung aus einer Minderheit zur Mehrheit des Aktienbesitzes geworden war. Aus dem Familienbesitz der Becker wurden Aktienbestände der Steinkohlenwerke Becker A.-G. in Schweizer Hände überführt. — Der Steinkohlenbesitz gelangte in die Hände von Becker durch die Uebernahme der Bochumer Bergwerks-A.-G. im Jahre 1919. Zu dieser gehörten die Zechen „Präsident“, „Rudolph“, „Peterwardein“ und „Herbeder“, Steinkohlenwerke, Herbede. Zum Ausbau dieser ziemlich heruntergekommenen Zechen nahm Becker Kredite in der Schweiz auf, die von der Kontinentalen Handels-A.-G., Zürich, bzw. der Guyer-Zeller Bank in Zürich gewährt wurden. Um eine Ueberfremdung zu verhüten, legte sich damals die Reichsregierung ins Mittel. Es wurde bestimmt, daß ein Teil der Aktien beim Reichswirtschaftsministerium hinterlegt werden sollte. Auch sollte das Reich später an den Gewinnen der Kohlenverkäufe nach der Schweiz beteiligt werden. Der Lieferungsvertrag mit der Schweiz lautete auf die Dauer von dreißig Jahren. Nun hat die Sache ein anderes Gesicht bekommen. Man will versuchen, die beim Reichswirtschaftsministerium hinterlegten Aktien frei zu bekommen, um sie an die schweizerischen Finanzkreise gelangen zu lassen. Durch diese Wendung der Dinge erhält das Ausland die

Kontrolle über eines der besten deutschen Stahlwerke. Was dies bedeutet, ist aus der kleinen Aufzeichnung zu ersehen, die wir untenstehend



zum Abdruck bringen. Bei Becker liegt der Fall ähnlich wie s. Zt. beim Phönix, wo ebenfalls der Hunger nach Kredit den Anstoß gegeben hatte, die Aktienmehrheit ins Ausland abfließen zu lassen. Man kann gespannt sein, was von der deutschen Schwerindustrie noch übrigbleibt, wenn sich die deutsche Wirtschaft einmal in normalen Bahnen bewegt.

Mercur.

## RANDBEMERKUNGEN

### Sozialistische Politik und kommunistischer Unfug

#### Eine geschichtliche Parallele

Im Frühjahr 1897 wählte das weite Altösterreich mit seinen 17 Provinzen — den „im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern“ — sein Abgeordnetenhaus neu. Den vier Wählerklassen (Kurien) des Großgrundbesitzes, der Handelskammern, der Städte und der Landgemeinden hatte die Regierung des polnischen Grafen Badeni die fünfte Kurie angefügt, in der jeder männliche Österreicher über 24 Jahre, der mindestens sechs Monate am selben Ort wohnte, in dem er sich am Tage der Wahlauschreibung aufhielt, wahlberechtigt war. Dieser alle-

meinen Wählerklasse, in der also die Wähler der vier Privilegienkurien mitwählten, waren für ganz Oesterreich 72 Mandate zugemessen gegenüber den 353 der privilegierten. Es war also ein klägliches Surrogat des allgemeinen und gleichen Wahlrechts; die Wahlkreise waren ungeheuer groß und das Wahlrecht in den Ländern, wo die Privilegienlandtage nicht direktes und geheimes Wahlrecht dafür beschlossen hatten, sogar mündlich und indirekt, indem nur Wahlmänner zu nennen waren, die dann erst den Abgeordneten wählten.

Bis dahin hatte die Sozialdemokratie niemals ein Mandat erobern können, selbst nicht,

als die zum Wahlrecht in den Städte- und Landgemeindegurien erforderliche Mindeststeuerleistung von fünf auf vier Gulden jährlich herabgesetzt wurde. Diese 1885 vorgenommene Wahlrechtserweiterung war nur den kleinbürgerlich-radikalen Parteien der Deutschnationalen, Christlichsozialen, Jungtschechen usw. zugute gekommen, hatte aber nicht genug Arbeitern das Wahlrecht gegeben, um der Sozialdemokratie Mandatsaussichten zu eröffnen. Immerhin waren dadurch auch zwei ehrliche und energische Demokraten ins Parlament gekommen: der Wiener Magistratsrat Dr. Ferdinand Kronawetter und der Deutschnationale Engelbert Pernerstorfer, die beide die Sache der rechtlosen Arbeiter und der verfolgten Sozialdemokratie verfochten. Pernerstorfer schloß sich der Sozialdemokratie an und trat nun in der V. Kurie als ihr Kandidat auf, unterlag allerdings, um erst 1901 wieder ins Parlament zu gelangen.

Trotz der nicht zuletzt durch den ungeheuren Wahlschwund des christlichsozialen Wiener Magistrats herbeigeführten bitteren Niederlage in Wien, von dessen fünf Mandaten (der V. Kurie) wir nicht ein einziges gewannen, eroberte die Sozialdemokratie aller Nationen, die damals noch vereint schlug, sich erst viel später national trennte (Anton Njemez, der Führer und jetzige Ehrenpräsident der tschechischen Genossen, war damals unser Gegenkandidat gegen Lueger in Wien!), in ganz Oesterreich 14 von den 72 Mandaten. Von 0 auf 14 — das war noch ein größerer Sprung als der der K.P.D. von den anderthalb Dutzend jetzt auf 62 Abgeordnete! Dieser schöne Erfolg hob das Selbstbewußtsein der jungen und radikalen österreichischen Sozialdemokratie mächtig.

Gleich in der ersten Sitzung des neuen Hauses unternahm die Sozialdemokratie eine Aktion zur parlamentarischen Gefangenenbefreiung. In Galizien hatte die ganz unter dem Kommando des polnischen Junker-

tums, der Schlachzizen und Stancyken stehende politische Verwaltung verschiedene Oppositionskandidaten über die Wahlkampfzeit einfach eingesperrt. Einer von diesen, der Bauer Thomas Szajer, ein Anhänger des Bauernagitators Pater Stojalowski, wurde zum Abgeordneten gewählt, aber trotzdem nicht enthaftet. Da erzwang sich der Krakauer Abgeordnete, Genosse Ignaz Daszynski, selbst Sprößling einer Familie von Grundherren und Verwaltungsbeamten, das Wort und sprach in der ihm fremden deutschen Sprache mit solch noch nie gesehener Feuer und solch zerschmetternden Wucht über die galizischen Wahlpraktiken und den Fall Szajer, daß das Haus, einfach fasziniert, trotz Regierung und Polenklub, die sofortige Freilassung des Szajer forderte und durchsetzte.

Die 14 Sozialdemokraten hatten keineswegs mit der Äußerung ihrer Empörung zurückgehalten, — aber sie hatten, zwar mit der roten Nelke im Knopfloch, weder mit der Pfeife im Mund, noch mit Radaukommando im Kopf und mit Parlamentsfeindschaft im Herzen den Palast am Wiener Franzensring betreten. Es war ihnen nur um die Rechte der Volksvertretung zu tun und um die Zurückweisung gewalttätiger Reaktion. So wie am ersten Tage haben sie es auch weiter gehalten. Ihr Einfluß ging weit über ihre zahlenmäßige Stärke hinaus, und als der Badenismus gegen die deutschnationale Obstruktion schließlich zur Gewalt griff, da waren es wieder die 14 Sozialdemokraten, die sich nicht beugten und die das Volk zu solchem Widerstand entflammten, daß das System Badeni elend zusammenbrach.

*Richard Bernstein.*

#### **Vandalismus gegen die Gewerkschaften**

Ein Parteigenosse aus Baden schreibt uns:

Die geistige Höhe der deutschen Arbeiterbewegung kam unter andern darin zum Ausdruck, daß die ge-

werkschaftlichen Kämpfe mit der größten Ruhe und ohne Zerstörung von Sachwerten geführt wurden. Diese Eigenschaften waren gerade in der Vorkriegszeit das hervorstechendste Merkmal der modernen Gewerkschaftsbewegung. Die Folge hiervon war, daß die kämpfende Arbeiterschaft bis weit in die Reihen des Bürgertums Sympathien erwerben konnte. Namhafte Vertreter der Wissenschaft, die sogenannten Kathedersozialisten, setzten sich deshalb nicht nur für die Rechte und Forderungen der Arbeiter ein, sondern sie wußten auch für dieselben in Wort und Schrift zu werben. Weit über die Grenzen Deutschlands hinaus genoß deshalb die deutsche Arbeiterschaft Achtung und Sympathie.

Noch vor einigen Jahren, als die technische Nothilfe in den öffentlichen Diskussionen eine große Rolle spielte, wiesen die gewerkschaftlichen Spitzenverbände darauf hin, daß sie in der Lage seien, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und die Sachwerte der bestreikten Betriebe zu schützen. Es sei selbstverständlich, so erklärte man gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften, daß Notstandsarbeiten verrichtet würden. Dort, wo die Verbände die Arbeiterschaft fest in der Hand hatten, sind diese Richtlinien auch immer befolgt worden.

Erst den Kommunisten und ihrem rauhbeinigen Anhang war es vorbehalten, die Grundregeln des Gewerkschaftskampfes außer Kraft zu setzen. Wo diese Elemente überwiegen, hat eine wahre Anarchie Platz gegriffen. Um den Kapitalismus zu „überwinden“, wird jedes Mittel angewandt. Welche sonderbaren Blüten der kommunistisch geführte Gewerkschaftskampf hervorbringt, ist an dem verflochtenen Streik bei der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen zu studieren. Die kapitalistische Presse ist voll von Schilderungen, die dem ruhigen Gewerkschaftler das Blut zum Kopfe steigen lassen. In der Frankfurter Zeitung, Nr. 374, war folgende Meldung ihres Korrespondenten zu lesen:

„Die Wiederaufnahme des Betriebes geht wegen der schweren Schädigungen durch das seinerzeitige Verhindern der Notstandsarbeiten und den Vandalismus rabiatere Streikender nur langsam vor sich. Wegen der großen Gefahren, die sich aus dem Zustande der Apparaturen ergaben, war eine peinliche Kontrolle erforderlich. Man fand große Verwüstungen vor. Es waren beispielsweise im Kohlenbüro die Pulte und Aktenschränke erbrochen und ihr Inhalt fußhoch über den Boden zerstreut, der Kassenschrank demoliert und seines Inhalts beraubt, die Schreibmaschinen gestohlen, die Rechenmaschinen zerstört. Im Laboratorium, im Bau 73, fand man alle Apparate aus Glas zerschlagen, die mikroskopischen und sonstigen wissenschaftlichen Hilfsmittel, teils Privat-, teils Fabrikeigentum, unbrauchbar gemacht, Schreibtische, Pulte und Aktenschränke erbrochen. An der Rheinseite der Fabrik ist keine Fensterscheibe mehr ganz. In der Fabrikgärtnerei sind alle Pflanzen eingegangen, das Schuhlager der Arbeiterschaft (Arbeitereigentum) wurde gestohlen. Ekelhafte Verunreinigungen wurden an vielen Stellen, sogar an den Schreibmaschinen vorgefunden.“

So sieht der gewerkschaftliche Kampf aus, der von den kommunistischen Heilsbringern geleitet wird. Der Kampf mußte verloren gehen. Doch was durch solchen Vandalismus der Arbeiterbewegung an Achtung verloren geht, das ist wirklich nicht abzuschätzen. So lange die Arbeiterschaft nicht von solchen Kampfmethoden energisch abrückt, ist eine Besserung nicht zu erwarten. Was würde wohl mit den Arbeitern geschehen sein, die so etwas in Rußland verüben würden?

#### **Kleine Wahrheiten**

*Protest antiker Helden und des Wintergartens.* Im Büro des Reichstags ist ein Protest des „Wintergartens“ eingegangen. Darin wird behauptet, daß seit Eröffnung des neuen Reichstags der Besuch in den Varietés so abgenommen habe,



daß eine Schließung dieser Etablissements zu befürchten sei. Das Publikum spare den Eintritt, weil es im Reichstag die gleichen Genüsse stundenlang für umsonst haben könne. Der Protest der antiken Helden ist von Hektor und Cäsar unterschrieben, die für ihre Popularität insofern fürchten, als die deutschen Hunde künftig nicht mehr nach ihnen, sondern nach solchen Mitgliedern des Reichstags genannt werden könnten, die sich winselnd und wedelnd, kurz: hündisch um die Ministersessel schmiegen und drehen.

*Pallenberg und das Gewissen.* Das „Gewissen“, woselbst die deutsche Seele destilliert wird, wollte sich ein Wappen zulegen, ein Geschäftszeichen, ein Firmenschild. Pallenberg wurde gefragt und antwortete: Vogel, Vögel, Vöglerchen, Vögler. Danach scheint Pallenberg nicht nur sehr witzig, sondern auch ein Wissender zu sein.

*Präsident Judenschwein.* In der Reichstagssitzung vom 2. Juni rief ein Völkischer „Judenschwein“. Der Präsident hat keine Rüge erteilt. Er hätte zum mindesten bedenken sollen, daß die rituelle Speisekarte, wenn schon nicht das Anstandsgefühl durch solche Vokabel verletzt wurde. Aber Herr Wallraf scheint ein sehr jovialer Herr zu sein. Gleichfalls ungerügt ließ er sich von Herrn Scholem zurufen: Mensch, was grienste denn da so dof? Das war insofern nicht ganz unverdient, als der Präsident über Ausführungen von Abgeordneten, auch wenn sie noch so lächerlich sind, nicht zu lachen hat. Immerhin: der deutsche Reichstag wird eine Fundgrube — Judenschwein, Judenknecht, Moskau-lump. Und von der anderen Seite Scheißkerle, Nachtwächter, Mist-sau. Die Varietédirektoren haben schon recht, oder was richtiger ist, die Psychiater bekommen eine neue Spezies angekochten Reporter-irrsinns.

*Blut als Anwaltsrobe.* Die Deutschnationalen wissen, daß der

höchste französische Gerichtshot die rote Robe trägt. So wollen sie sich ähnlich kostümieren, wenn sie Deutschlands Interessen demnächst anwaltlich wahrzunehmen haben. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Blatt der Deutschnationalen, das am 26. Mai erklärt, die Nationalen würden in die schärfste Opposition drängen, wenn sie nicht in der Regierung säßen, in einer Regierung also, die das Sachverständigen-Gutachten durchführen und endlich die Befriedung Deutschlands schaffen soll, diese gleiche „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht zur Erinnerung an Schlageter das nachstehende Wutgereinsel:

Welsche Kugeln pfffen über deutsche Erde, heiliges Land,  
Da sank dein blutiger Leib in den Sand.

Das griff uns ans Herz, aufbäumte ein Schrei,

Als ob ein lieber Bruder gestorben sei.

Ueber mailiches Blühen hin spielte der Wind. —

Eine arme Mutter weint still um ihr Kind ...

Einmal wollen wir laut davon sprechen:

Sie mordeten, Bruder, dich, wir woll'n es rächen!

Wir wollen es dann nicht eine Stunde mehr tragen,

Wir wollen die Henker wie tolle Hunde erschlagen.

Einmal wird ein grausiges Donnern und Stürmen sein,

Dann, toter Bruder, geht es um Ruhr und Rhein! —

Fluch über die Mörder, Fluch über den Mord,

Bis den Henkern die blutige Hand verdorrt!

Einmal greifen wir alle zum Gewehr,

Und dein rächender Schatten, Bruder, zieht vor uns her!

Die rote Robe der Revanche-politik ist ganz gewiß am besten geeignet, um auf Macdonald und Herriot erschütternden Eindruck zu machen. R. Br.